

Stand 14.02.2012

## Beschluss über das Regierungsprogramm 2012-2017

Unser Kurs:

**Gerechtigkeit und neues Vertrauen –  
Für ein starkes Schleswig-Holstein**



Jetzt mitmachen:  
[www.mein-liebingsland.de](http://www.mein-liebingsland.de)

**SPD**  
Schleswig-Holstein

<b>POLITIK FÜR EIN STARKES LAND .....</b>	<b>3</b>
<b>1. CHANCENGLEICHHEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT .....</b>	<b>5</b>
1.1 In Bildung investieren .....	5
Gute Bildung von Anfang an .....	6
Gute Schule für alle – gemeinsam lernen .....	6
Neue Ausbildung für Lehrkräfte .....	8
Berufliche Bildung schafft Perspektiven .....	9
Gute Hochschulen in Schleswig-Holstein .....	10
Forschung und Lehre für die Zukunft! .....	11
Weiterbildung für die Zukunft .....	12
Kreatives Schleswig-Holstein .....	13
1.2 Die Situation von Familien verbessern .....	14
Zukunft für Kinder und eine kinderfreundliche Gesellschaft .....	14
Teilhabe von Jugendlichen .....	15
Familien stärken .....	15
Demographischer Wandel und Lebensqualität im Alter .....	16
1.3. Gleichstellung .....	17
1.4 Teilhabe von Menschen mit Behinderung .....	18
1.5 Gesundheitsland Schleswig-Holstein .....	18
Gute Pflege .....	19
<b>2. ERNEUERBARE ENERGIEN, UMWELT- UND KLIMASCHUTZ .....</b>	<b>20</b>
2.1 Erneuerbare Energienutzung – Atomausstieg – kein CCS .....	20
2.2 Wasser, Luft und Boden schützen .....	22
2.3 Natur schützen, Artenvielfalt erhalten .....	22
2.4 Moderne ländliche Räume .....	23
<b>3. GUTE ARBEIT – STARKE WIRTSCHAFT .....</b>	<b>23</b>
3.1. Gute Arbeit .....	24
3.2. Aktive Arbeitsmarktpolitik .....	24
3.3 Wirtschaft stärken, Wachstumskerne eröffnen neue Chancen .....	25
3.4. Tourismus .....	26
3.5 Mobilität ermöglichen – Verkehrsinfrastruktur sichern und ausbauen .....	26
ÖPNV und Schienenverkehr als Grundpfeiler individueller Mobilität .....	27
Hafenanbindung und Wasserstraßen .....	27
Elektromobilität .....	27
<b>4. STARKE POLITIK IN EUROPA .....</b>	<b>27</b>
Minderheitenpolitik .....	27
Schleswig-Holstein stark in Europa .....	28
<b>5. MEDIEN UND BÜRGERBETEILIGUNG .....</b>	<b>29</b>
Medien und Demokratie .....	29
Bürgerbeteiligung .....	30
Bürgerschaftliches Engagement .....	30
<b>6. INNERE SICHERHEIT – VERWALTUNGSREFORM .....</b>	<b>31</b>
6.1 Innere Sicherheit, modernes Recht und Justiz .....	31
Kampf gegen Rechts .....	32
6.2 Zukunftsfähige Kommunen und Verwaltungen .....	33
Wir stärken die Städte .....	33
Starke Kommunen .....	33
Norddeutsche Kooperation .....	34
<b>7. SCHLESWIG-HOLSTEIN – HEIMAT FÜR ALLE! .....</b>	<b>34</b>
Aktiv für Flüchtlingsschutz .....	34
Teilhabe stärken .....	35
Partizipation fördern .....	35

# 1 **POLITIK FÜR EIN STARKES LAND**

2 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden Schleswig-Holstein gut regieren.  
3 Vernünftig. Verlässlich. Vertrauensvoll. Unser Land braucht eine starke  
4 Landesregierung mit Ideen und Perspektiven für unsere Zukunft. Eine  
5 Landesregierung mit Leidenschaft, mit Mut und mit Weitsicht.  
6

7 Wir gestalten die moderne Bürgergesellschaft in Schleswig-Holstein. Im Dialog mit  
8 den Menschen arbeiten wir offen, kreativ und transparent.

9 Wir schaffen ein soziales und solidarisches Schleswig-Holstein. Ein Land, in dem  
10 niemand zurückgelassen wird und in dem die Menschen füreinander eintreten.  
11 Ein Schleswig-Holstein, in dem wir gemeinsam und in Vielfalt gut leben können. Wir  
12 setzen uns für gute Arbeit und die Stärkung von Arbeitnehmerrechten ein.  
13

14 Gute Bildung ist das Fundament für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit.  
15 Wir gestalten deshalb die Bildungsangebote so, dass jeder und jede in Schleswig-  
16 Holstein den bestmöglichen Bildungsabschluss erreichen kann, unabhängig von der  
17 sozialen Herkunft, vom Geschlecht, von Hautfarbe oder Religion und  
18 Weltanschauung.  
19

20 Wir werden den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein nachhaltig entwickeln. Dazu  
21 werden wir unser Land zum führenden Standort für innovative und erneuerbare  
22 Energien sowie für Technologien zum Energiesparen ausbauen. Hier gibt es die  
23 Chance auf neue Arbeitsplätze und neues Einkommen in Handwerk und  
24 Unternehmen. Wir werden zudem erfolgreiche Wirtschaftsfelder stärken, wie z.B. die  
25 maritime Wirtschaft, den Tourismus, die Gesundheitswirtschaft und die  
26 Medizintechnologie.  
27

28 Wir sind ein starker Teil Norddeutschlands und ein guter Nachbar. Von uns gehen  
29 neue Initiativen für Zusammenarbeit und Entwicklung aus. Wir sind Teil der sozialen,  
30 ökologischen und wirtschaftlichen Dynamik im Ostsee- und Nordseeraum. Wir  
31 nutzen diese Chancen der Zusammenarbeit für die Menschen in unserem Land.  
32

## 33 **Unsere Grundsätze sind dabei:**

- 34 1. Unsere Politik orientiert sich am Leitbild einer solidarischen Gesellschaft.  
35 Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit sind unsere Richtschnur bei allen  
36 politischen Entscheidungen.  
37
- 38 2. Die Bürgerinnen und Bürger werden wir in Planungen und  
39 Entscheidungsprozesse einbinden. Bei der Erarbeitung dieses  
40 Regierungsprogramms haben wir mit den Zukunftsgesprächen begonnen, die  
41 Menschen unseres Landes mit ihren Ideen zu beteiligen. Viele dieser Ideen sind  
42 in unser Regierungsprogramm eingeflossen. Auch künftiges Regierungshandeln  
43 wird nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden. Wir werden aktiv auf die  
44 Menschen zugehen, um ihre Ideen, Wünsche und Visionen für unser Land bei  
45 unseren Entscheidungen zu berücksichtigen.  
46
- 47 3. Wir setzen eine zukunftsorientierte Finanzpolitik um, die sich am Dreiklang von  
48 Einsparungen, Einnahmeverbesserungen und strukturellen Reformen ausrichtet.  
49 Wir versprechen nur, was wir auch halten können. Die Finanzsituation des

50 Landes und die Schuldenbremse setzen uns dabei enge Grenzen. Bis 2020  
51 werden wir einen nachhaltigen und ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

52  
53 Um künftig auf Dauer ausgeglichene Haushalte zu erreichen und damit die  
54 Gestaltungsfähigkeit der Politik zu stärken, müssen wir nicht nur die strukturellen  
55 Defizite des Landeshaushalts ausgleichen, sondern vor allem auch die strukturellen  
56 Probleme des Landes lösen, die immer wieder neue Haushaltslöcher schaffen.

57  
58 Die größten strukturellen Probleme des Landeshaushalts sind:

- 59 • unterdurchschnittliche Einnahmen bei den Unternehmenssteuern und der  
60 Einkommensteuer,
- 61 • überdurchschnittliche Ausgaben bei den Sozialleistungen,
- 62 • überdurchschnittliche Ausgaben beim Kreditdienst.

63  
64 Diese Probleme sind darauf zurückzuführen, dass wir in Schleswig-Holstein nur  
65 wenige große Unternehmen und ein unterdurchschnittliches Lohn- und  
66 Gehaltsniveau haben. Viele Menschen sind deshalb auf soziale Transferleistungen  
67 angewiesen. Um annähernd gleiche Lebensverhältnisse wie in den anderen  
68 Bundesländern zu erreichen, wurden diese Defizite über Jahrzehnte durch  
69 Kreditaufnahmen ausgeglichen.

70  
71 Um diesem zu begegnen benötigen wir:

- 72 • gut ausgebildete Menschen, die qualifizierte Arbeit im Lande finden,
- 73 • zukunftssichere Arbeitsplätze mit guten Verdienstmöglichkeiten,
- 74 • wirtschaftliches Wachstum in Zukunftsbranchen, die auch für Fachkräfte und  
75 Unternehmen außerhalb Schleswig-Holsteins attraktiv sind,
- 76 • eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Land und Kommunen, um die in  
77 über 50 Jahren aufgelaufenen Schulden über einen entsprechend langen  
78 Zeitraum wieder abbauen zu können.

79  
80 Wir werden dies durch eine nachhaltige und solide Finanzpolitik erreichen, die klare  
81 Prioritäten setzt.

82  
83 Wir stehen für:

- 84 • kontinuierlichen Defizitabbau durch sparsame Haushaltsführung.
- 85 • Stärkung von Bildungsinvestitionen, mit denen wir künftige Belastungen des  
86 Haushaltes durch Sozialtransfers nachhaltig senken helfen.
- 87 • Investitionen in Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Energiewende  
88 zur Stärkung der Wachstumskraft unseres Landes.
- 89 • Stärkung der Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden.

90  
91 Eine der wichtigsten Voraussetzungen zum Schuldenabbau ist qualitatives  
92 Wachstum. Wir bekennen uns zu einer wachstumsorientierten Konsolidierung.

93  
94 Dazu gehört, dass wir konjunkturbedingte Mehreinnahmen weitestgehend zur  
95 Senkung der Schulden einsetzen werden.

96  
97 Wir werden:

- 98 • Wirtschaftssubventionen abbauen und dabei auf Sozialverträglichkeit achten,
- 99 • die Landesverwaltung modernisieren und straffen und

- 100 • uns auf Bundesebene schnellstmöglich für eine Reform des Steuersystems  
101 einsetzen. Ziel ist die dauerhafte und langfristige Finanzierung der Aufgaben  
102 des Staates. Dabei müssen die mit den höchsten Einkommen und Vermögen  
103 einen stärkeren Beitrag leisten. Die gerechte Besteuerung von Arbeit und  
104 Kapitalerträgen ist ein wichtiger Bestandteil, um die Belastung nach  
105 individueller Leistungsfähigkeit sicherzustellen.  
106

107 Das Land benötigt neben einem Abbau der Ausgaben endlich wieder eine  
108 angemessene und solide Einnahmebasis. Eine Zustimmung zu künftigen  
109 Steuersenkungen wird es daher erst geben können, wenn ein ausgeglichener  
110 Haushalt ohne neue Schulden nachhaltig erreicht wurde.  
111

112 Zum Abbau der Schulden der Vergangenheit werden wir im Rahmen der  
113 Neuordnung des Länderfinanzausgleichs nochmals über einen Altschuldenfonds  
114 verhandeln. Wir treten beim Bund für einen gemeinsamen Anleihefonds ein, um  
115 die Zinslasten deutlich zu senken (Deutschland-Bonds). In den nächsten fünf  
116 Jahren werden wir neue Aufgaben grundsätzlich nur übernehmen, wenn sie  
117 dauerhaft gegenfinanziert sind.  
118

119 Auf diese Weise werden wir mit einer soliden Finanzpolitik unser Land zukunftsfähig  
120 machen. Dabei werden wir immer die Auswirkungen finanzpolitischer  
121 Entscheidungen auf die Menschen berücksichtigen.  
122

## 123 **1. CHANCENGLEICHHEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT**

### 124 **1.1 In Bildung investieren**

125 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten ein für gleiche Bildungschancen,  
126 für hohe Bildungsqualität, für individuelle Förderung und lebenslanges Lernen. Daher  
127 wollen wir, dass auch bei sinkenden Schülerinnen- und Schülerzahlen die  
128 notwendigen Finanzmittel im Bildungsetat verbleiben.  
129

130 Die Priorität für Bildung muss finanziell abgesichert sein. Bildungsausgaben sind eine  
131 Investition in die Zukunft unseres Landes. Sie werden in unseren  
132 Haushaltsaufstellungen erste Priorität haben. Das gilt auch bei Schülerzahlen, die bis  
133 2020 landesweit voraussichtlich um 20 % zurückgehen werden. Wir werden  
134 mindestens 50% der durch den Schülerrückgang theoretisch entbehrlichen  
135 Lehrerstellen an den Schulen belassen, damit ein Zugewinn von Unterrichtsqualität  
136 und Fördermaßnahmen ermöglicht wird.  
137

138 Die Bildungschancen für unsere Kinder dürfen nicht in einem finanziellen Wettlauf  
139 zwischen reicheren und ärmeren Ländern in der Bundesrepublik verteilt werden.  
140 Deshalb muss auch der Bund wieder in schulische Bildung, in gute frühkindliche  
141 Bildung, gute Ganztagschulen und Schulsozialarbeit an jeder Schule investieren  
142 können.  
143

144 Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, dass die  
145 Einkommensvoraussetzungen und die Arbeitsbelastung von Lehrerinnen und  
146 Lehrern in allen Ländern der Bundesrepublik vergleichbar bleiben. Damit verhindern  
147 wir den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf der Länder um die besten Pädagoginnen

148 und Pädagogen. Damit bleibt das Land gegenüber der Wirtschaft als Arbeitgeber  
149 attraktiv.

150

151 Wir werden uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass das Kooperationsverbot  
152 zwischen Bund und Ländern in der Bildungspolitik aufgehoben wird.

153

## 154 **Gute Bildung von Anfang an**

155 Bei der Chancengleichheit kommt es auf den Anfang an:

156 • Der Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren hat daher für  
157 uns besondere Priorität. Wir unterstützen die Kommunen bei der Erfüllung des  
158 Rechtsanspruchs.

159

160 • Ein weiteres Ziel ist es, schrittweise für alle Kinder drei Jahre lang den Besuch  
161 des Kindergartens für täglich mindestens fünf Stunden beitragsfrei zu  
162 ermöglichen. Wir werden in der kommenden Legislaturperiode mindestens ein  
163 Kita-Jahr beitragsfrei stellen und die Einrichtung von Betriebskindergärten  
164 unterstützen.

165

166 • Das Land wird seiner Mitverantwortung für den Ausbau und die qualitative  
167 Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen in Schleswig-Holstein durch  
168 entsprechende Zuschüsse an die Träger gerecht werden.

169

170 • Wir werden uns mit den Trägern der Kindertagesstätten dafür einsetzen, dass  
171 sich die Öffnungszeiten an den Arbeitszeiten der Eltern orientieren.  
172 Gleichzeitig unterstützen wir die Kindertagesstätten, wenn sie sich zu  
173 Familien-Zentren weiterentwickeln. Die im Schulgesetz und im Kita-Gesetz  
174 verankerte Zusammenarbeit zwischen Kita und Schule wollen wir  
175 weiterentwickeln.

176

177 • Um den zusätzlichen Fachkräftebedarf zu decken, werden wir die Ausbildung  
178 der Erzieherinnen und Erzieher aufwerten. Die Ausbildung zum Erzieherberuf  
179 muss sich bundesweit vergleichbaren Standards stellen. Zukünftige  
180 Erzieherinnen und Erzieher wollen wir in den Bereichen der interkulturellen  
181 Kompetenz und Sprachförderung stärken sowie ihre Kompetenzen im Bereich  
182 der aktiven Elternarbeit stärken. Wir werden die Teilhabe- und  
183 Beteiligungsmöglichkeiten der Eltern in Kitas stärken. Wir wollen die  
184 Erzieherausbildung an Hochschulen ausbauen sowie die Durchlässigkeit und  
185 den Austausch zwischen Hochschule, Fachschule und Praxis verstärken. Die  
186 Wertschätzung des Berufs der Erzieherin und des Erziehers muss sich auch  
187 im Einkommen und in verbesserten Arbeitsbedingungen widerspiegeln.

188

## 189 **Gute Schule für alle – gemeinsam lernen**

190 Jedes Kind muss unabhängig von seiner Herkunft gleiche Chancen für die  
191 persönliche Entfaltung und die beruflichen Lebensperspektiven haben. Das Recht  
192 auf gute Bildung für alle wird nur durch ein Bildungssystem erfüllt, in dem das  
193 Leitprinzip die individuelle Förderung ist.

194

195 • Alle Kinder und Jugendlichen sind gleich wichtig und wertvoll. Sie haben einen  
196 Anspruch auf bestmögliche individuelle Förderung im Schulsystem.

- 197
- 198
- 199
- 200
- 201
- 202
- 203
- 204
- 205
- 206
- 207
- 208
- 209
- 210
- 211
- 212
- 213
- 214
- 215
- 216
- 217
- 218
- 219
- 220
- 221
- 222
- 223
- 224
- 225
- 226
- 227
- 228
- 229
- 230
- 231
- 232
- 233
- 234
- 235
- 236
- 237
- 238
- 239
- 240
- 241
- 242
- 243
- 244
- 245
- 246
- 247
- Wir wollen die vorschulische Sprachförderung und -vermittlung in den Kindertagesstätten und das Angebot einer Sprachintensivförderung vor der Schule weiterentwickeln.
  - Wir wollen möglichst alle Kinder gemeinsam unterrichten. Inklusion in der Bildung ist ein zentrales Ziel. Inklusive Schulen werden durch Förderzentren als Kompetenzzentren unterstützt.
  - Unser Ziel ist es, jedem Kind einen qualitativen Schulabschluss zu ermöglichen. Hierzu zählt auch, Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf bis zu einem ersten Schulabschluss zu fördern. Die Schulabbrecherquote muss drastisch reduziert werden.
  - Grundschulen sind für uns das Fundament der schulischen Bildung. Vor dem Hintergrund rückläufiger Schülerzahlen wollen wir ein wohnortnahes Schulangebot mit hoher Unterrichtsversorgung und -qualität und Verlässlichkeit sichern. Dazu gehört für uns eine gesicherte bedarfsgerechte Betreuung aller Schulkinder.
  - Wir setzen uns für ein möglichst flächendeckendes Angebot an G9-Bildungsgängen an Gemeinschaftsschulen neben dem Abitur nach acht Jahren an Gymnasien ein. Für Schülerinnen und Schüler in bestehenden G9-Bildungsgängen an Gymnasien werden wir Übergangsregelungen anbieten. Sie werden dort ihre schulische Ausbildung zu Ende führen können. Für den Erfolg unserer Gemeinschaftsschulen werden wir das inhaltliche Konzept des gemeinsamen Lernens weiter konkretisieren. Dies schließt eine ausreichende Anzahl von Differenzierungsstunden für Lehrkräfte ein. Unser langfristiges Ziel bleibt „eine Schule für alle“.
  - Wir werden in der Profileroberstufe mehr Wahlmöglichkeiten einführen und die Möglichkeiten zur Schwerpunktbildung für die Schülerinnen und Schüler verbessern.
  - Bisherige Regionalschulen wollen wir schrittweise zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickeln und dafür schulorganisatorische Lösungen finden. Die Eltern können die Schule wählen, die ihnen für ihre Kinder geeignet erscheint.
  - Jede Schule übernimmt langfristige Verantwortung für die Erziehung und Bildung der aufgenommenen Kinder und Jugendlichen. Durch individuelle Förderung soll sichergestellt werden, dass ein Schulartwechsel im Sekundarbereich bis zum Ende des Ausbildungsgangs vermieden wird.
  - Wir werden schrittweise alle Schulen in Schleswig-Holstein mindestens zu offenen Ganztagschulen machen.
  - Wir treten dafür ein, dass die außerschulischen Bildungsangebote als unverzichtbare Bestandteile in Ganztagschulen weiter gestärkt werden. Dazu suchen wir die Kooperation mit den Kinder- und Jugendverbänden (z.B. Musikschulen, Sportverbände, Projekt Schule und Jugendhilfe, Pfadfinder und viele andere).



- 248  
249  
250  
251  
252  
253  
254  
255  
256  
257  
258  
259  
260  
261  
262  
263  
264  
265  
266  
267  
268  
269  
270  
271  
272  
273  
274  
275  
276  
277  
278  
279  
280  
281  
282
- Wir werden weiteren Schulträgern die Möglichkeit geben, ihre Schulen in gebundene Ganztagschulen umzuwandeln. Dies soll vor allem dort erfolgen, wo besonderer Bedarf gegeben ist.
  - Jede Schule soll durch Schulsozialarbeit unterstützt werden. Dies gilt auch für die beruflichen Schulen.
  - Wir starten eine Initiative für ein kompatibles Schulsystem in ganz Deutschland. Unterschiedliche Schul- und Bildungssysteme dürfen nicht zu Nachteilen für die Schülerinnen und Schüler führen. Die Mobilität einer Gesellschaft muss sichergestellt sein.
  - Der (Fahrt-)Weg zur Schule gehört für uns zu kostenfreier Bildung dazu. Wir werden die Verpflichtung der Kreise zur Erhebung eines Elternbeitrages zu den Schülerbeförderungskosten wieder abschaffen.
  - Wir werden die Bildung der Kinder zu medienkompetenten Bürgerinnen und Bürgern einer digitalen Gesellschaft fördern und ihnen die Methoden zur Wissensaneignung vermitteln. Des Weiteren gehört für uns zur Medienkompetenz auch die Vermittlung von Datenschutz, vor allem in sozialen Netzwerken. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Daten von Kindern und Jugendlichen besser geschützt werden. Kinder und Jugendliche sollen in der Schule und durch Informationskampagnen über den Datenschutz aufgeklärt und im Umgang mit Medien gestärkt werden.
  - Wir werden die Teilhabe- und Beteiligungsmöglichkeiten der Eltern in unseren Schulen stärken.
  - Der konfessionsgebundene Religionsunterricht soll in Kooperation mit den Vertreterinnen und Vertretern der Religionsgemeinschaften zu einem konfessionsübergreifenden Religionsunterricht umgewandelt werden, in dem alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit gemeinsam unterrichtet werden.

## 283 **Neue Ausbildung für Lehrkräfte**

284 Die Lehreraus- und -fortbildung muss neu gestaltet werden. Leitziel ist insbesondere  
285 eine gleichwertige Ausbildung für alle Schularten, die nach Schulstufen gegliedert ist.  
286

- 287  
288  
289  
290  
291  
292  
293  
294  
295  
296
- Die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte muss den veränderten schulischen Strukturen angepasst werden. Wir streben eine Ausbildung nach Stufen statt nach Schularten an (Primarstufe / Sekundarstufe I / Sekundarstufe II). Dieses ist sinnvoll mit den schon bestehenden Bachelor- und Master-Studiengängen an unseren Universitäten zu verknüpfen.
  - Alle angehenden Lehrkräfte sollen zu Beginn des Studiums längere Praxismodule absolvieren, in denen sie ihre Berufswahl überprüfen können. Dabei sollen sie professionell betreut und beraten werden.



- 297 • Der praktische Anteil der Lehrerausbildung wird erhöht, Inklusion und  
298 Binnendifferenzierung nehmen einen großen Raum ein.  
299
- 300 • Um dem Lehrkräftemangel an den beruflichen Schulen und den Regionalen  
301 Bildungszentren (RBZ) zu begegnen, brauchen wir qualifizierte  
302 Berufspädagoginnen und -pädagogen. Dazu werden wir in Schleswig-Holstein  
303 für weitere Berufsfelder entsprechende Studienplätze einrichten.  
304
- 305 • Wir werden die Arbeitszeit der Lehrkräfte so ausgestalten, dass  
306 Pflichtfortbildungen außerhalb der Unterrichtszeiten möglich werden.  
307

## 308 **Berufliche Bildung schafft Perspektiven**

309 Die berufliche Bildung ist ein wesentlicher Baustein zur Verwirklichung der sozialen  
310 Gerechtigkeit und der Chancengleichheit in der Bildung. Die duale Berufsausbildung  
311 ist die tragende Säule der Fachkräftesicherung. Jeder Jugendliche in Schleswig-  
312 Holstein hat ein Recht auf eine Berufsausbildung mit qualifizierendem Abschluss.  
313

314 Dazu werden wir die Übergänge zwischen Schule und Beruf so gestalten, dass sie  
315 verbindlich in eine berufliche Ausbildung münden. Bisherige Bildungsangebote des  
316 Übergangssystems werden in die Ausbildung integriert und optimiert.  
317

318 Wir wollen die bestehenden RBZ stärken und weiterentwickeln.  
319

320 Dazu werden wir:

- 321 • sie dabei unterstützen, ein bedarfsgerechtes System der beruflichen  
322 Qualifizierung und Weiterbildung entsprechend den Bedürfnissen der Region  
323 auszubauen,
- 324 • ihre Eigenständigkeit ausbauen und bestehende Hemmnisse abbauen,
- 325 • die Leitungs- und Verwaltungsstrukturen an die Aufgabenerweiterung  
326 anpassen.  
327

328 Wir wollen die Rahmenbedingungen an den beruflichen Schulen und RBZ  
329 verbessern und diese mit den entsprechenden Ressourcen ausstatten.  
330

331 Dazu werden wir:

- 332 • berufliche Schulen und RBZ als Ganztagschulen anerkennen und  
333 schrittweise durch ein Investitionsprogramm unterstützen.
- 334 • die individuelle Förderung z.B. durch Lerncoaching ausbauen, um die Anzahl  
335 der Schulabbrecherinnen und -abbrecher zu reduzieren.  
336

337 In einem zusammenwachsenden Europa muss mehr Durchlässigkeit und die  
338 Anerkennung von Fähigkeiten und Qualifikationen im europäischen und  
339 internationalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erreicht werden.  
340

341 Dazu werden wir:

- 342 • triale (dreigliedrige) Ausbildungsgänge in Kooperation von beruflichen  
343 Schulen, Regionalen Berufsbildungszentren, Hochschulen und Betrieben  
344 weiter ausbauen und uns für eine stärkere Kooperation zwischen  
345 Fachhochschulen und Hochschulen einsetzen,

- 346       • in Anbetracht des sich abzeichnenden Fachkräftebedarfs Jugendliche, die ihre  
347       Berufsabschlüsse im Ausland erworben haben, durch Kursangebote für den  
348       deutschen Arbeitsmarkt qualifizieren.

349  
350 Schleswig-Holstein braucht mehr Schülerinnen und Schüler, die die Schule mit der  
351 Hochschulreife verlassen.

352  
353 Dazu werden wir:

- 354       • Das berufliche Gymnasium insbesondere bei zurückgehenden  
355       Schüler/innenzahlen im ländlichen Raum zu Oberstufen von  
356       Gemeinschaftsschulen ausbauen.
- 357       • Die Möglichkeit verstärken, den Hochschulzugang aufbauend auf eine  
358       berufliche Erstausbildung zu erreichen.
- 359       • Um die Gleichwertigkeit der Bildungsgänge an allgemeinbildenden und  
360       beruflichen Schulen zu erreichen, werden wir für diejenigen Schülerinnen und  
361       Schüler, die die allgemeine Hochschulreife anstreben, die Prüfung zur  
362       Fachhochschulreife an den Fachoberschulen abschaffen.

363  
364 Wir werden uns in einer Bundesratsinitiative dafür einsetzen, dass eine gesetzliche  
365 Umlage zur Finanzierung der Berufsausbildung eingeführt wird.

366

## 367 **Gute Hochschulen in Schleswig-Holstein**

368 Wissenschaft kann ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft nur gerecht  
369 werden, wenn die Entwicklung kritischer Reflexion ebenso wie die Ausbildung  
370 beruflicher Kompetenzen elementarer Bestandteil akademischer Bildung sind. Wir  
371 wollen deutlich mehr Studienplätze schaffen, insbesondere an den  
372 Fachhochschulen. Hierzu wollen wir auch die Mittel der gemeinsamen  
373 Hochschulsonderprogramme von Bund und Ländern für Schleswig-Holstein voll in  
374 Anspruch nehmen. Unser Land hat keine Studienplätze zu verschenken. Wir fordern  
375 den Bund auf, mit den Ländern rechtzeitig zu einer gemeinsamen Finanzierung zu  
376 kommen. Wir wollen grundsätzlich mehr Kooperation in der Hochschul- und  
377 Forschungspolitik. Dazu muss auch das Grundgesetz so geändert werden, dass der  
378 Bund die Hochschulen dauerhaft unterstützen kann.

379

380 Deswegen halten wir unbedingt daran fest:

- 381       • Wer studieren kann und will, darf nicht aus wirtschaftlichen oder sozialen  
382       Gründen davon abgehalten werden. Wir werden uns im Bundesrat für eine  
383       Verbesserung und einen Ausbau der BAföG-Förderung einsetzen.
- 384
- 385       • Das Erststudium unter Einschluss eines Masterstudienganges bleibt  
386       gebührenfrei! Alle Bachelorabsolventinnen und -absolventen haben einen  
387       Anspruch auf einen Masterstudienplatz.
- 388
- 389       • Ein Fünftel aller Studierenden bricht das Studium ab. Das sind immer noch zu  
390       viele. Wir werden die Hochschulen dabei unterstützen, ihre  
391       Beratungsangebote auszubauen. Mehr Betreuungsangebote und die  
392       Möglichkeit zum Teilzeitstudium, flexiblere Bachelor- und Masterstudiengänge  
393       und besondere infrastrukturelle Maßnahmen sowie Vorrechte von  
394       Studierenden mit Kindern bei der Wahl von Lehrveranstaltungen sollen

395 Studium und Familie sowie Studium und Beruf besser vereinbar machen. Das  
396 wird Teil der Zielvereinbarungen zwischen Land und Hochschulen.

- 397
- 398 • Mit einem Zuwachs der Studierendenzahlen muss auch ein Ausbau der  
399 sozialen Infrastruktur verbunden sein. Wir unterstützen das Studentenwerk  
400 insbesondere dabei, die Wohnheimquote wieder auf ein bundesweit übliches  
401 Niveau zu steigern und die dazu notwendige Infrastruktur zu schaffen.  
402
  - 403 • Die Föderalismusreform darf nicht zu einem finanziellen Wettlauf zwischen  
404 reicheren und ärmeren Bundesländern führen. Wir wollen mehr Kooperation  
405 zwischen Bund und Ländern in der Hochschulpolitik und auch zwischen den  
406 norddeutschen Ländern.  
407
  - 408 • Die Hochschulstrukturen müssen so ausgestaltet werden, dass wir die zur  
409 Verfügung stehenden Mittel so effektiv wie möglich einsetzen. Eine SPD-  
410 geführte Landesregierung wird auch künftig alle Hochschulstandorte erhalten.  
411 Profilbildung und Abstimmung der Studienangebote an den Hochschulen  
412 sowie eine engere Kooperation wollen wir fortsetzen, auch mit den  
413 außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Die bisherige Politik, die  
414 Hochschulen des Landes an Clustern und Netzwerken auszurichten, wird die  
415 Landesregierung überprüfen. Vor allem sollten die Hochschulen in  
416 Norddeutschland kooperieren. Denkbar wäre auch, ein „Programm des  
417 Nordens“ aus bestehenden Fördermitteln der Hochschulen zusammen mit  
418 Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern für die Universitäten aufzulegen. Wir  
419 bekennen uns zum Erhalt einer eigenständigen Universität Flensburg, die die  
420 Chancen der deutsch-dänischen Grenzregion nutzen kann.  
421
  - 422 • In Meeresforschung, Medizintechnik und anderen Disziplinen sind unsere  
423 Hochschulen und neun außeruniversitären Forschungseinrichtungen nicht nur  
424 deutschlandweit Spitze. Wir wollen die Universitäten in Kiel und Lübeck bei  
425 ihren Erfolgen in der Exzellenzinitiative verlässlich unterstützen. Darunter darf  
426 die Lehre in den anderen Bereichen nicht leiden.  
427
  - 428 • Das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) ist der größte  
429 Arbeitgeber im Land, der größte Träger der medizinischen Maximalversorgung  
430 in Norddeutschland und das zweitgrößte Universitätsklinikum in Deutschland.  
431 Es ist ein zentraler Eckpfeiler der qualifizierten Mediziner Ausbildung in  
432 Schleswig-Holstein. Wir halten am UKSH in öffentlicher Trägerschaft fest.  
433
  - 434
  - 435 • Daten, Dienste und Ergebnisse aus steuerfinanzierten Studien der  
436 Wissenschaft sind der Allgemeinheit grundsätzlich kostenfrei zur Verfügung zu  
437 stellen.  
438

### 439 **Forschung und Lehre für die Zukunft!**

440 Wir wollen Hochschulbildung mit Qualität und gute Lehre für alle.

- 441 • Die gute Qualität der Lehre wollen wir noch stärker in den Zielvereinbarungen  
442 mit den Hochschulen verankern, mit einer hohen didaktischen Kompetenz der  
443 Lehrenden und einer ständigen hochschuldidaktischen Fortbildung.  
444

- 445 • Wir werden Konzepte für eine hochschulübergreifende, kooperative Lehre  
 446 entwickeln. Wir werden Konzepte entwickeln, die die Vorteile des Internets  
 447 nutzen, um sowohl den Studentinnen und Studenten, aber auch den  
 448 Bürgerinnen und Bürgern in Schleswig-Holstein auf die jeweilige  
 449 Lebenssituation angepasste Lehrveranstaltungen zu ermöglichen.  
 450
- 451 • Grundlage der Gestaltung unserer Studiengänge ist die Vereinbarung von  
 452 Bologna. Sonderwege und Aufstockung der Inhalte oder Prüfungen,  
 453 insbesondere durch Akkreditierungsaufgaben, lehnen wir ab.  
 454
- 455 • An den Hochschulen muss die Gleichstellung der Geschlechter umgesetzt  
 456 werden; wir wollen mit konkreten Zielvereinbarungen erreichen, dass der  
 457 Anteil der Frauen unter den Hochschullehrenden deutlich steigt. Ziel ist eine  
 458 geschlechterparitätische Besetzung in Forschung und Lehre.  
 459
- 460 • Wir wollen den Nachwuchs in Forschung und Lehre stärken und fördern, auch  
 461 durch Graduiertenkollegs und Promotionsstudiengänge. Wir wollen deshalb  
 462 mehr Juniorprofessuren.  
 463
- 464 • Auslandssemester werden grundsätzlich mit einem „Learning Agreement“  
 465 vorbereitet, um Auslandsaufenthalte zu erleichtern. Fachlich passende  
 466 Studienleistungen in Form von ECTS-Punkten aus akkreditierten  
 467 Studiengängen anderer Hochschulen werden ohne weitere Prüfungen in  
 468 vollem Umfang anerkannt.  
 469
- 470 • Schleswig-Holstein hat erfolgreiche und hoch angesehene  
 471 Forschungsinstitute, die durch den Bund und das Land gemeinsam finanziert  
 472 werden. Wir wollen diese Kooperationen ausbauen. Deshalb unterstützen wir  
 473 den „Pakt für Forschung“ des Bundes und der Länder.  
 474

## 475 **Weiterbildung für die Zukunft**

476 Die technischen, gesellschaftlichen und politischen Veränderungsprozesse erfordern  
 477 das Recht für alle Menschen zu lebenslangem Lernen. Nur so sichern wir den  
 478 Fachkräftebedarf der Zukunft. Nur so stärken wir die Chancen der Einzelnen zur  
 479 Teilhabe am Arbeitsmarkt und an den gesellschaftlichen und politischen Prozessen.  
 480

- 481 • Die Programme zur beruflichen Weiterbildung müssen kontinuierlich den  
 482 Weiterbildungsbedürfnissen der Menschen und den wirtschaftlichen  
 483 Erfordernissen angepasst werden.  
 484
- 485 • Das Recht jedes Menschen auf Weiterbildung muss abgesichert und  
 486 tagtäglich durch konkrete Maßnahmen und Angebote realisiert werden.  
 487 Deshalb werden wir die gesetzlichen Voraussetzungen für Weiterbildung  
 488 ausbauen und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Unternehmen  
 489 attraktiver gestalten.  
 490
- 491 • Wir wollen in Schleswig-Holstein ein starkes Netz der Bildungsanbieter  
 492 fördern, d.h. die bundesweit einmaligen Weiterbildungsverbände mit ihren  
 493 Mitgliedern wie Volkshochschulen, Regionalen Berufsbildungszentren, aber

494 auch anderen Akademien und Weiterbildungseinrichtungen der Kammern,  
495 Hochschulen und anderen langfristig sichern.

496  
497

- 498 • Wir werden die Angebote zur Alphabetisierung verstärken.
- 499
- 500 • Wir wollen die Wirtschaft an der Entwicklung von Fort- und  
501 Weiterbildungsangeboten beteiligen, um eine hohe Akzeptanz und eine  
502 bedarfsgerechte Gestaltung der Maßnahmen zu sichern.
- 503
- 504 • Politische Bildung ist für die moderne Demokratie existentiell. Die Träger  
505 politischer Bildung wollen wir deshalb auch künftig durch das Land fördern.
- 506

## 507 **Kreatives Schleswig-Holstein**

508 Kultur ist unverzichtbar. Sie gehört untrennbar zu den Grundlagen unserer  
509 Gesellschaft, sie entfaltet emanzipatorische Kraft und ist Voraussetzung für kulturelle  
510 Identität und Entwicklung eines jeden Individuums. Schleswig-Holstein hat eine  
511 lebendige, durch Vielfalt gekennzeichnete Kulturlandschaft, in der alle Kultur- und  
512 Kunstsparten vertreten sind. Land und Kommunen sind wichtige Träger und Förderer  
513 der Kunst- und Kulturlandschaft. Sie sichern maßgeblich die kulturelle Infrastruktur  
514 und schaffen Voraussetzungen für die künstlerischen Aktivitäten. Kultur ist  
515 heutzutage ein wichtiger Standortfaktor.

516

- 517 • Wir bekennen uns zu einer breiten gesellschaftlichen Teilhabe an Kultur. Das  
518 Recht auf Kunst und Kultur, auf kulturelle Teilhabe ist ein Bürgerrecht.
- 519
- 520 • Wir bekennen uns in Zeiten der ökonomischen Krise zur Verantwortung des  
521 Landes für die Sicherung des kulturellen Erbes und der Weiterentwicklung der  
522 kulturellen Infrastruktur.
- 523
- 524 • Wir schaffen neue, dauerhafte Formen des kulturellen Dialogs zwischen Land  
525 und Kulturschaffenden, Kulturinstitutionen sowie Kommunen. Wir richten  
526 deshalb einen beratenden Kulturrat ein.
- 527
- 528 • Wir legen kulturpolitische Leitlinien des Landes vor. Sie sind Voraussetzung  
529 für ein Gesetz zur Förderung von Kunst und Kultur in Schleswig-Holstein.
- 530
- 531 • Wir werden auch durch eine aktive Filmförderung den Medienstandort  
532 Schleswig-Holstein im Zusammenwirken mit Hamburg stärken. Dies ist ein  
533 Beitrag zur kulturellen Vielfalt, aber auch zur Wirtschaftsförderung und  
534 Imagepflege für Schleswig-Holstein.
- 535
- 536 • Den Grundstein für Kreativität und den Umgang mit Kunst und Kultur legt die  
537 kulturelle Bildung. Sie macht kulturelle Teilhabe erst möglich. Deshalb  
538 sprechen wir künftig verstärkt Kinder und Jugendliche an und fördern den  
539 interkulturellen Dialog.
- 540
- 541 • Wir sorgen dafür, dass das Denkmalschutzgesetz in Zukunft wieder seiner  
542 eigentlichen Aufgabe, dem Schutz des materiellen kulturellen Erbes, dient.

543  
544  
545  
546  
547  
548  
549  
550  
551  
552  
553  
554  
555  
556  
557  
558  
559  
560  
561  
562  
563  
564  
565  
566  
567  
568  
569  
570  
571  
  
572  
573  
574  
575  
576  
577  
  
578  
579  
580  
581  
582  
583  
584  
585  
586  
587  
588  
589  
590

- Wir treten für den Erhalt des Weltkulturerbes Lübecker Altstadt ein und unterstützen die Bewerbung Haithabus und des Danewerks sowie der Rendsburger Schwebefähre um Aufnahme in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes.
- Wir unterstützen die Bewerbung Sønderborgs als Kulturhauptstadt Europas für das Jahr 2017, weil eine Kulturhauptstadt im deutsch-dänischen Grenzland in jedem Fall zu einer neuen Dimension der deutsch-dänischen Zusammenarbeit führen wird.

Wir wollen der Kultur im Land wieder den Stellenwert verschaffen, der ihr zukommt, und laden die kreativen Köpfe ein, ihren Beitrag zur Entwicklung des Landes zu leisten.

- Wir sichern und entwickeln die Museums- und Theaterlandschaft sowie die Gedenkstättenarbeit und Soziokultur.
- Die öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken verstärken ihre Aufgabe, das kulturelle Erbe, die gegenwärtige Alltags- und Hochkultur und die innovativen digitalen Kulturangebote zielgruppengerecht aufzubereiten und zu vermitteln.

Die digitale Gesellschaft und ihre Kommunikations- und Interaktionsformen bilden nicht nur neue Form- und Kultursprachen. Sie selbst stellt eine neue, eigene Kulturtechnik dar. Sie hat somit einen berechtigten und unbestreitbaren Anspruch, mit den anderen, anerkannten Kulturtechniken gleichberechtigt beachtet und behandelt zu werden.

## **1.2 Die Situation von Familien verbessern**

Familie ist da, wo Menschen dauerhaft füreinander einstehen und Verantwortung übernehmen. Die Schlüssel für starke Familien sind: gute Bildung für alle Kinder, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Erneuerung des Solidarprinzips in unseren Sozialsystemen, Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und eine Verbesserung der Pflegesituation für Menschen mit Hilfe- und Unterstützungsbedarf.

## **Zukunft für Kinder und eine kinderfreundliche Gesellschaft**

Wir werden:

- uns für die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft und umfassende Mitbestimmung einsetzen,
- uns für ein Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen ohne Gewalt einsetzen,
- den Kinderschutz stärken durch den landesweiten Ausbau der frühen Hilfen (z.B. Familienhebammen) für Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern und Angebote zur Fortbildung und Qualifizierung für Fachkräfte und ehrenamtlich Tätige,



- 591 • Projekte, die Eltern und Kindern beim Start ins Leben und beim Aufwachsen  
592 helfend zur Seite stehen, stärken und ausbauen (z.B. Familienbildungsstätten,  
593 Kinder- und Jugendhilfe).

594  
595 Zur Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen brauchen wir eine  
596 abgestimmte Politik zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

597  
598 Wir treten für eine eigenständige Grundsicherung für Kinder und Jugendliche ein,  
599 weil für uns gilt: Kein Kind ohne Mahlzeit; kein Kind ohne gesundheitliche Förderung,  
600 kein Kind ohne Ferienfreizeiten, kein Kind ohne Sport.

601

## 602 **Teilhabe von Jugendlichen**

603 Viele junge Menschen engagieren sich und setzen sich für sich und andere ein.  
604 Soziales Engagement bedeutet gesellschaftliche Teilhabe, die Übernahme von  
605 Verantwortung und hilft Jugendlichen dabei, ihre Interessen zu formulieren und sich  
606 einzubringen. Wir werden daher das zivilgesellschaftliche Engagement junger  
607 Menschen in Zusammenarbeit mit den Kommunen fördern und echte Teilhabe  
608 ermöglichen. Dabei gilt:

609

- 610 • Jugendliche müssen an politischen Entscheidungen beteiligt werden. Wir  
611 werden daher die Jugendbeiräte stärken und das Wahlalter bei  
612 Landtagswahlen auf 16 Jahre absenken.
- 613
- 614 • Wir werden bessere Rahmenbedingungen schaffen, um z.B. politisches und  
615 soziales Engagement von Jugendlichen zeitlich und räumlich zu ermöglichen.  
616 Hierfür brauchen Jugendliche Freiräume.
- 617
- 618 • Kein Jugendlicher darf auf Grund eingeschränkter materieller Möglichkeiten  
619 von Teilhabe und Engagement ausgeschlossen werden. Wir werden daher  
620 benachteiligte Kinder und Jugendliche besonders fördern, um ihre Teilhabe zu  
621 gewährleisten.
- 622
- 623 • Wir werden die Jugendverbände und selbstorganisiertes Engagement von  
624 Jugendlichen fördern und stärken.
- 625
- 626 • Freiwilligendienste für junge Menschen, wie z.B. das Freiwillige Soziale Jahr  
627 oder das Freiwillige Ökologische Jahr werden wir besonders fördern und eine  
628 Verdrängung dieser Jugendfreiwilligendienste durch den neu geschaffenen  
629 Bundesfreiwilligendienst verhindern. Die Freiwilligendienste dürfen nicht zu  
630 einer Verdrängung von regulären Arbeitsplätzen führen oder als Mittel der  
631 Lohnrückung genutzt werden.

632

## 633 **Familien stärken**

634 Wir werden:

- 635 • alle Lebensformen unterstützen, in denen Erwachsene mit Kindern leben.
- 636
- 637 • Eltern durch frühe Hilfen und Elternbildungsangebote bei ihren  
638 Erziehungsaufgaben unterstützen.

639  
640 Das Bildungs- und Teilhabepaket sichert die Teilhabemöglichkeiten von Kindern und  
641 Jugendlichen nur unzureichend. Wir werden für eine möglichst unbürokratische  
642 Leistungsgewährung eintreten und fordern für die Zukunft eine kostenlose  
643 Infrastruktur in der Betreuung und Förderung von Kindern und Jugendlichen.  
644

645 Die Gründung einer Familie darf dabei nicht zum Armutsrisiko werden. Dieses  
646 materielle Risiko kann besonders Alleinerziehende treffen. Alleinerziehende sind  
647 zugleich besonderen Belastungen und Risiken ausgesetzt.  
648

649 Wir setzen uns dafür ein, dass

- 650 • Alleinerziehende gute Bildungs- und Qualifizierungsangebote erhalten, die auf  
651 ihre Lebenswirklichkeit zugeschnitten sind. Dazu gehören auch  
652 Ausbildungsangebote in Teilzeitform sowie finanzielle Sicherheiten während  
653 der Ausbildung,  
654
- 655 • die Kindertagesbetreuung gerade für Kinder von Alleinerziehenden flexibel  
656 und bedarfsgerecht und als deren Unterstützung ausgebaut und sichergestellt  
657 wird. Gleiches gilt auch für Kinder in Schulen.  
658

659 Wir setzen uns aktiv dafür ein, Diskriminierungen aufgrund der sexuellen  
660 Orientierung und der Lebensweise abzubauen.  
661

## 662 **Demographischer Wandel und Lebensqualität im Alter**

663 Der demographische Wandel stellt unsere Gesellschaft vor große  
664 Herausforderungen. Der Wandel in der Berufswelt unter den Stichworten „Generation  
665 Praktikum“ und die Dynamisierung der Arbeit sowie die Anforderungen der älter  
666 werdenden Menschen insbesondere im ländlichen Raum können nur in einem  
667 umfassenden Ansatz betrachtet werden. Wir wollen daher einen „Demographie-  
668 Check“ sowohl für Landesaufgaben als auch für die Struktur der Bediensteten im  
669 Landesdienst.  
670

671 Die beruflichen Erfahrungen der Menschen im Rentenalter, ihre soziale Sensibilität  
672 und ehrenamtliche Einsatzfreude wollen wir nutzen z.B. durch Patenschaften,  
673 Seniorenbeiräte und Freiwilligendienste.

674 Seniorinnen und Senioren sind alt genug, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Sie  
675 darin zu unterstützen, ist unsere Aufgabe.  
676

677 Wir werden:

- 678 • die Mobilität im Alter sichern (z.B. Bürgerbusse, Sammeltaxen, ÖPNV),  
679
- 680 • uns dafür einsetzen, dass die Bedürfnisse der Älteren im kulturellen,  
681 wirtschaftlichen und Bildungsbereich berücksichtigt werden. Dafür rufen wir  
682 eine Initiative ins Leben, die Wirtschaft, Kulturschaffende und  
683 Seniorenverbände zusammenführt.  
684
- 685 • neue Wohnformen, bauliche Voraussetzungen und Infrastrukturangebote  
686 fördern, damit ältere Menschen die Chance erhalten, möglichst lebenslang in  
687 der eigenen Wohnung bzw. im Wohnquartier leben können.  
688

- 689 • in der Arbeitswelt mehr als bisher die Potentiale aller Altersgruppen nutzen.  
690

### 691 **1.3. Gleichstellung**

692 Ein Schlüssel für das solidarische Zusammenleben aller Menschen in unserem Land  
693 ist die Gleichstellung von Männern und Frauen und der Kampf gegen Diskriminierung  
694 auf Grund von Geschlecht und sexueller Identität.  
695

696 Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir:

- 697 • die institutionalisierte Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit  
698 vorantreiben. Gleichstellungsbeauftragte müssen in ihrer Arbeit gestärkt und  
699 unterstützt werden.  
700
- 701 • eine Landesstelle „für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“ einrichten,  
702 welche die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner über ihre  
703 Rechte aufklärt und sie dabei unterstützt, sich gegen Diskriminierungen zu  
704 wehren.  
705
- 706 • unser Prinzip „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ konsequent  
707 vorantreiben: Frauen dürfen nicht durch Mini-Jobs und erzwungene Teilzeit  
708 diskriminiert und in die Altersarmut gedrängt werden.  
709
- 710 • Gender Budgeting, also geschlechtersensible Haushaltsführung in Land,  
711 Kreisen und Kommunen verwirklichen. Dadurch werden öffentliche Gelder  
712 zielgenauer, gerechter und letztendlich sparsamer eingesetzt.  
713
- 714 • die Beratungsstellen für Frauen und Mädchen sowie die Frauenhäuser, die in  
715 den letzten Jahren einseitig unter Kürzungen zu leiden hatten, sichern und  
716 ihre Arbeit konsequent weiterentwickeln. In diesem Zusammenhang werden  
717 wir die Beratungsstellen „Frau und Beruf“ weiter stärken.  
718
- 719 • die emanzipatorische Mädchenarbeit wieder stärker fördern, weil viele  
720 Mädchen und junge Frauen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung von  
721 geschützten Räumen profitieren können.  
722
- 723 • auch in der Jungenarbeit Geschlechterklischees aufbrechen.  
724
- 725 • Regelungen zur gleichen Besetzung von beruflichen und gesellschaftlichen  
726 Führungspositionen mit Frauen und Männern erarbeiten.  
727
- 728 • geeignete Institutionen, Organisationen, Einrichtungen und Veranstaltungen  
729 anregen, um den Abbau von Diskriminierung von Lesben, Schwulen,  
730 Bisexuellen, Transsexuellen und Transgendern voranzutreiben.  
731

732 Auf Bundesebene wird sich eine SPD-geführte Landesregierung konsequent für die  
733 Abschaffung aller arbeitsmarktpolitischen, sozialpolitischen und steuerlichen  
734 Fehlanreize einsetzen, die einer Verwirklichung der Gleichstellung entgegenstehen,  
735 und sich für die Öffnung der Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare einsetzen.  
736

## 737 **1.4 Teilhabe von Menschen mit Behinderung**

738 Die Forderung der Menschen mit Behinderung: „Nicht über uns ohne uns“ ist unser  
739 Maßstab.

740  
741 Wir wollen die Politik für Menschen mit Behinderung so gestalten, dass Inklusion und  
742 Teilhabe im Sinne der UN-Konvention für alle Menschen mit Behinderung erreichbar  
743 werden.

744  
745 • Wir wollen, dass alle Menschen mit Behinderung so lernen, arbeiten, wohnen  
746 und leben können, wie sie es selbst möchten. Wir wollen Teilhabe von Anfang  
747 an. Das bedeutet gemeinsames Leben und Lernen von der Krippe und dem  
748 Kindergarten über die Schule bis zur beruflichen Ausbildung und zum  
749 Studium.

750  
751 • Das Gesetz zur Kommunalisierung der Eingliederungshilfe mit dem Ziel der  
752 Inklusion muss von allen umgesetzt werden. Die Sozialhilfeträger, die freien  
753 Träger und die Kreise sollen hier verbindlich und eng zusammenwirken. Wir  
754 werden Hilfen aus einer Hand sicherstellen.

755  
756 • Menschen mit Behinderung sollen ihr Recht auf Selbstbestimmung  
757 durchsetzen können. Dazu gehört auch die Auszahlung der Leistungen als  
758 persönliches Budget. Die Bedarfsfeststellung muss landesweit nach  
759 einheitlichen Kriterien gemeinsam und nachprüfbar erfolgen. Deshalb sorgen  
760 wir dafür, dass Landesrahmenverträge abgeschlossen werden.

761  
762 • Die Beschäftigungssituation für Menschen mit Behinderung werden wir weiter  
763 verbessern, Integrationsbetriebe fördern und Unternehmen unterstützen, die  
764 Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen.

765  
766 • Verbindliche Vorgaben für Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, bei der  
767 Kommunikation, im Verkehr und beim Wohnen sowie im Internet, bei  
768 audiovisuellen Medien und im Gesundheitswesen sind einzuführen.

769  
770 • Wir wollen in Vernetzung mit Kommunen einen Aktionsplan auf Landesebene  
771 entwickeln und realisieren, der insbesondere Barrierefreiheit und eine  
772 inklusive sozialräumliche Planung zum Inhalt hat.

773

## 774 **1.5 Gesundheitsland Schleswig-Holstein**

775 Eine hochwertige medizinische Versorgung aller Menschen in Schleswig-Holstein  
776 muss unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Vermögen und Wohnort gelten. Dazu  
777 gehört eine tragfähige solidarische Finanzierung. Wir fordern eine solidarische  
778 Bürgerversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihres  
779 Einkommens einzahlen.

780  
781 Die stationäre Versorgung in Schleswig-Holstein ist gefährdet. Schleswig-  
782 holsteinische Krankenhäuser erhalten für die gleiche Leistung weniger Geld als  
783 andere – damit muss Schluss sein. Wir brauchen einen bundeseinheitlichen  
784 Basisfallwert. Eine SPD-geführte Landesregierung wird hierzu initiativ werden.

785

- 786  
787  
788  
789  
790  
791  
792  
793  
794  
795  
796  
797  
798  
799  
800  
801  
802  
803  
804  
805  
806  
807  
808  
809  
810  
811  
812  
813  
814  
815  
816  
817  
818  
819  
820  
821  
822  
823  
824  
825  
826  
827  
828  
829  
830  
831
- Wir festigen die regionale und wohnortnahe medizinische Versorgung der Menschen in allen Regionen Schleswig-Holsteins. Wir stellen sicher, dass die hausärztliche Versorgung der Menschen eine wesentliche Lotsenfunktion für die Verzahnung medizinischer, pflegerischer und sozialer Maßnahmen darstellt. Die Partner der Selbstverwaltung im Gesundheitsland Schleswig-Holstein zeigen hohe Verantwortung und regionale Handlungskompetenz. Wir werden sie darin unterstützen, die Gesundheitsinitiative neu beleben und regionale Gesundheitskonferenzen einrichten.
  - Die Verknüpfung von ambulanter und stationärer Krankenversorgung werden wir weiter vorantreiben mit einer flächendeckenden medizinischen Versorgung einerseits und spezialisierten Gesundheitszentren andererseits.
  - 25% der Hausärzte sind älter als 60 Jahre. Wir wollen auch in Zukunft eine qualifizierte, flächendeckende ambulante und haus- und fachärztliche Versorgung. Eine gute medizinische Ausbildung in Kiel und Lübeck ist eine Voraussetzung, um dem Ärztemangel entgegenzuwirken. Hierfür werden wir den Kommunen die Möglichkeit eröffnen, lokal eigene Gesundheitszentren einzurichten, die eine ortsnahe hausärztliche und pflegerische Versorgung (z.B. kommunales Gesundheitszentrum) sicherstellen.
  - Wir werden zur Stärkung der Gesundheitsförderung eine enge Kooperation von Schule, Kinder- und Jugendhilfe und Behindertenhilfe mit dem Gesundheitswesen unterstützen.
  - Wir verbessern die Gesundheitserziehung nach wissenschaftlichen Erkenntnissen und streben gesunde Kindergärten, gesunde Schulen und gesunde Arbeitsplätze an.
  - Wir stehen für den Erhalt der freiberuflichen Hebammen und Geburtshelfer ein, weil sie ein unverzichtbarer Teil von Unterstützung und Förderung junger Familien sind, und setzen uns für bessere Verdienstmöglichkeiten ein.
  - Wir setzen uns für die Fortschreibung des Landes-Psychiatrieplanes ein, der die stationäre, teilstationäre und ambulante Versorgung von psychisch kranken Menschen umfasst.
  - Qualifizierte Maßnahmen zur Prävention und Behandlung von Suchtkrankheiten wie Drogen-, Alkohol-, Medien- und Glücksspielsucht werden erhalten und ausgebaut. Den Sonderweg Schleswig-Holsteins beim Glücksspielrecht werden wir beenden und dem Glücksspielstaatsvertrag der anderen Länder schnellstmöglich beitreten.
  - Wir werden ein bedarfsgerechtes Angebot für betroffene Menschen und ihre Familien aufbauen, die auf Palliativmedizin und Hospizversorgung angewiesen sind.

## 832 **Gute Pflege**

- 833  
834  
835
- Wir wollen Rahmenbedingungen in der Pflege so verbessern, dass wieder mehr junge Menschen den Pflegeberuf gerne ausüben wollen und das auch langfristig können. Wir werden die Ausbildung für Gesundheits- und

836 Krankenpflege modernisieren. Wir befürworten eine gemeinsame, in Modulen  
837 organisierte kostenfreie Ausbildung von Alten- und Gesundheits-  
838 /Krankenpflege mit Differenzierungsmöglichkeit innerhalb der drei Jahre. Die  
839 Akademisierung der Pflege muss ausgebaut werden. Zusätzlich zur  
840 bestehenden 3-jährigen Ausbildung installieren wir einen Pflegestudiengang,  
841 der zum Bachelor-Abschluss führt. Für den gesamten Pflegebereich sind  
842 durchlässige Qualifizierungsmöglichkeiten zu organisieren. Das steigert auch  
843 die Attraktivität des Berufes.  
844

- 845 • Wir werden den Bürokratieabbau und eine Reduzierung von doppelten  
846 Kontrollstrukturen in der Pflege organisieren. Die Dokumentation sämtlicher  
847 Pflegetätigkeiten ist unerlässlich, aber sie muss deutlich einfacher und  
848 weniger aufwendig gestaltet werden, um mehr Zeit für Pflege zu gewinnen.  
849
- 850 • Der Pflegebedürftigkeitsbegriff muss dringend geändert werden – weg von der  
851 Minutenpflege, hin zur individuellen und patientenorientierten Pflege. Das  
852 kommt nicht nur den zu Pflegenden zugute, sondern schafft auch mehr  
853 Arbeitszufriedenheit beim Pflegepersonal.  
854
- 855 • Eine Pflegekammer und eine Berufsordnung, wie sie bei allen anderen  
856 Heilberufen schon lange üblich ist, verbessert Image und gesellschaftliche  
857 Anerkennung der Pflegeberufe. Wir werden beides einführen.  
858
- 859 • Wir brauchen landesweit flächendeckend trägerunabhängige  
860 Pflegestützpunkte, damit Pflegebedürftige und deren Angehörige individuell  
861 passende Pflegemaßnahmen erhalten.  
862
- 863 • Wir werden die Demenzbetreuung ausbauen und pflegende Angehörige  
864 unterstützen.  
865

## 866 **2. ERNEUERBARE ENERGIEN, UMWELT- UND** 867 **KLIMASCHUTZ**

### 868 **2.1 Erneuerbare Energienutzung – Atomausstieg – kein CCS**

869 Schleswig-Holstein ist eines der führenden Länder und speziell Vorreiter bei der  
870 Windenergie, hier sind wir weltweit führend bei Aus- und Fortbildung; dies gilt es  
871 auszubauen. Schleswig-Holstein als Know-How-Transfer-Drehscheibe von der  
872 beruflichen Bildung über das einzige Fachgymnasium bis zu Fachhochschule und  
873 Universität und der einzigen Forschungsgenossenschaft CEWind aller Hochschulen  
874 im Lande.

875 Die SPD wird den Ausstieg aus der Atomkraft, für den wir seit Anfang der 80er Jahre  
876 kämpfen, durch den Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung mit  
877 Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien beschleunigen.  
878 Zudem fordern wir den schnellstmöglichen Rückbau der AKW. Die Strom- und  
879 Wärmeerzeugung aus fossilen Energieträgern muss bis zur Mitte des Jahrhunderts  
880 durch neue Energien wie Wind, Sonne und Geothermie ersetzt werden. Dabei wollen  
881 wir Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz gewährleisten.  
882



883 Eine solche konsequente Energiewende ist der Wachstumsmotor für Schleswig-  
884 Holstein und schafft viele tausend neue und qualifizierte Arbeitsplätze vor Ort im  
885 Mittelstand und beim Handwerk.

886  
887 Wir brauchen ein Bündel von Maßnahmen, das die Innovationspolitik fortführt, die  
888 von den SPD-geführten Regierungen im Land begonnen wurde.

889  
890 **Wir erarbeiten** deshalb ein Landes-Aktionsprogramm zur Zukunft von  
891 Energieversorgung und Klimaschutz, in dem sofort verpflichtende Ziele und  
892 Maßnahmen festgelegt werden, insbesondere:

- 893
- 894 • eine dezentrale und demokratisch getragene Energieversorgung als  
895 wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge in allen Gemeinden: Durch den  
896 Erhalt und Aufbau eigener Stadt- und Gemeindewerke können wir die  
897 kommunale Versorgung ausbauen und stärken damit Einsparung, Effizienz  
898 und erneuerbare Energien.  
899
  - 900 • Die Förderung nachwachsender Rohstoffe kann einen wichtigen Beitrag zum  
901 Klimaschutz leisten. Fehlentwicklungen wie der ungesteuerte Bau von  
902 Biogasanlagen müssen verhindert werden, da insbesondere die Ausweitung  
903 von Maisanbauflächen die Landschaft verändert und das Grünland verdrängt.  
904 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Privilegierung von Biogasanlagen  
905 nach Baugesetzbuch aufgehoben wird. Biogasanlagen sind nur sinnvoll, wenn  
906 sie über Kraft-Wärme-Kopplung die Höfe und Dörfer versorgen und zur  
907 Verwertung von Reststoffen errichtet werden.  
908
  - 909 • die Ausweisung von ausreichenden Eignungsflächen für Windenergienutzung  
910 und die Unterstützung der Kommunen bei der konkreten Ausweisung in den  
911 Regionalplänen.  
912
  - 913 • Der erfolgreiche Klimapakt mit der Wohnungswirtschaft und den privaten  
914 Hauseigentümern mit den Zielen „Mehr Qualität und weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen“  
915 muss fortgeführt werden.  
916
  - 917 • Projekte, bei denen Stadtwerke und andere Versorgungsunternehmen sowie  
918 Sparkassen und Banken Bürgerinnen und Bürgern die Beteiligung an Solar-  
919 und Windkraftanlagen ermöglichen. Bei Aus- und Neubau von Wind- und  
920 Solarparks unterstützen wir die genossenschaftlich organisierte Finanzierung  
921 als Bürgerbeteiligungsmodelle.  
922
  - 923 • die Schaffung einer Landesnetzagentur.  
924
  - 925 • eine Rekommunalisierung von Stromnetzen, um das Kartell der großen  
926 Konzerne zu überwinden und den Wettbewerb zu stärken. Wir entwickeln eine  
927 Landesnetzgesellschaft in der Hand von Kommunen, Kreisen und  
928 Stadtwerken und unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie der  
929 Arge Netz der Windparkbetreiber: Bürgernetze schaffen Akzeptanz und sind  
930 eine sichere Anlagemöglichkeit.  
931 Parallel muss der Ausbau der Stromnetze beschleunigt werden, damit die  
932 Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien vollständig ins Netz eingespeist

933 werden kann. Neue Stromleitungen sollen dabei vorrangig als Erdkabel  
934 realisiert werden.

935

936 • die Entwicklung von Speichertechnologien, darunter auch der Wasserstoff-  
937 Technologie, und „intelligenten Netzen“ sowie die Erforschung von  
938 Innovationen zum Energiesparen, zur Steigerung der Energieeffizienz und zur  
939 Nutzung erneuerbarer Energien.

940

941 • Spätestens 2020 sollten wir in Schleswig-Holstein einen Anteil der Kraft-  
942 Wärme-Kopplung von 30% des verbrauchten Stroms erreicht haben.

943

944 • Die Versorgung von in Häfen liegenden Schiffen mit Landstrom.

945

946 Wir lehnen CCS-Technik wegen ihres hohen Risikos und geringer Effizienz ab.

## 947 **2.2 Wasser, Luft und Boden schützen**

948 Die hohe Qualität von Boden, Wasser und Luft in Schleswig-Holstein ist nicht nur ein  
949 Standortvorteil, sondern auch unverzichtbare Lebensgrundlage, die eines  
950 besonderen Schutzes bedarf.

951

952 Dazu setzen wir uns ein für

953 • eine Orientierung der EU-Wasserrahmenrichtlinie an Qualitätszielen,

954

955 • den Erhalt der Trinkwasserversorgung als Teil der Daseinsvorsorge in  
956 öffentlicher, kommunaler Trägerschaft,

957

958 • den Vorrang der Vermeidung von Abfällen vor deren Verwertung und der  
959 Verwertung vor deren Beseitigung. Die Verwendung der verbleibenden Abfälle  
960 in Rohstoffkreisläufen und die Entsorgung der verbleibenden Mengen als  
961 öffentliche und vollständige Aufgabe,

962

963 • Konzepte für geringeren Flächenverbrauch, verstärktes Flächenrecycling und  
964 weniger Bodenversiegelungen.

## 965 **2.3 Natur schützen, Artenvielfalt erhalten**

966 Wir werden

967 • die einzigartigen Lebens- und Naturräume von Nord- und Ostsee erhalten und  
968 den Nationalpark Wattenmeer schützen und weiterentwickeln,

969

970 • den Hochwasserschutz **und Küstenschutz** auch angesichts des  
971 Klimawandels in einem integrativen Ansatz zwischen Natur- und  
972 Umweltschutz, Tourismus und Wirtschaft verbessern, u. a. durch  
973 ausreichende Deicherhöhung und die Anlage natürlicher  
974 Überschwemmungsgebiete. In jedem Fall hat der Schutz der Menschen  
975 Vorrang vor anderen Interessen.

976

977 • die biologische Vielfalt Schleswig-Holsteins erhalten und eine Strategie für  
978 einen nachhaltigen Schutz entwickeln, dazu gehören:

979 - die Vermeidung von Grünlandumbruch auch durch ordnungsrechtliche  
980 Maßnahmen und durch intensiveren Moorschutz,

- 981 - die verstärkte ökologische Ausrichtung der Agrarpolitik auf einen zu
- 982 erreichenden gesellschaftlichen Mehrwert und den Ausbau der
- 983 Agrarumweltprogramme,
- 984 - der Ausbau des Biotopverbundsystems vernetzt mit den
- 985 Lebensraumkorridoren,
- 986 - ein wirkungsvoller Schutz der Knicks als einzigartige Biotopenelemente in
- 987 der schleswig-holsteinischen Landschaft.
- 988
- 989 • den Waldanteil an der Landesfläche schrittweise erhöhen und den
- 990 Landeswald in öffentlicher Trägerschaft behalten.
- 991
- 992 • die Umweltbildung und das Umweltbewusstsein in allen Einrichtungen des
- 993 Landes weiterentwickeln – für alle Menschen, insbesondere Kinder und
- 994 Jugendliche.
- 995
- 996 • die zentralen Naturschutzgesetze weiterentwickeln auf der Basis der in
- 997 unserer Regierungsverantwortung geschaffenen Grundsätze.

## 998 **2.4 Moderne ländliche Räume**

999 Die Lebensbedingungen im ländlichen Raum müssen attraktiv bleiben. Wir wollen  
1000 einen Landesentwicklungsplan erstellen, der die Struktur des Wachstums unseres  
1001 Landes gestaltet.

- 1002
- 1003 • Wir wollen Abwanderung durch eine Stärkung des gemeindlichen Lebens
- 1004 verhindern und die Eigenständigkeit der ländlichen Räume stärken. Dazu
- 1005 gehören Markttreffs für eine ortsnahe Versorgung, ein lebendiges
- 1006 Vereinsleben, lokale Dienstleistungen und ärztliche Versorgung, bäuerliche
- 1007 Betriebe, lokales Handwerk, Ausbau der Breitbandversorgung (Glasfaser) und
- 1008 der Anschluss an den öffentlichen Personennahverkehr. Dies alles soll
- 1009 weiterhin über das erfolgreiche Modell der Aktiv-Regionen unterstützt werden.
- 1010
- 1011 • Wir wollen den hohen Standard unserer Landwirtschaft, des Fischereiwesens
- 1012 und der Ernährungswirtschaft mit einer nachhaltigen Wirtschaftsweise
- 1013 verbinden und hierfür Finanzmittel umsichten, um damit Regionalität,
- 1014 Umweltverträglichkeit und Qualität zu fördern. Daher verdient der ökologische
- 1015 Landbau die dauerhafte besondere Förderung. Schleswig-Holstein muss sich
- 1016 zur gentechnikfreien Region erklären und dies gezielt als Qualitätsmerkmal
- 1017 herausstellen. Dazu gehört auch eine Tierhaltung, die artgerecht ist und den
- 1018 spezifischen Tierschutz berücksichtigt.

## 1019 **3. GUTE ARBEIT – STARKE WIRTSCHAFT**

1020 Schleswig Holstein hat leistungsfähige und innovative mittelständische  
1021 Unternehmen, herausragende industrielle Kerne, solides und starkes Handwerk und  
1022 eine exzellente Dienstleistungsbranche mit hoch motivierten und bestens  
1023 qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Diese stabile Wirtschaft gilt es  
1024 zu erhalten und weiter zu stärken. Sie ist die Grundvoraussetzung für den Wohlstand  
1025 Schleswig-Holsteins.

1026

1027 Wir entwickeln deshalb mit allen Beteiligten eine gemeinsame ökonomische  
1028 Zukunftsstrategie für die Zeit bis 2025, die die Stärken der schleswig-holsteinischen

1029 Wirtschaft verbessert und Schleswig-Holstein als starken Partner in der  
1030 Metropolregion Hamburg und im Wachstumsraum Ostsee und Nordsee verankert.

1031  
1032 Wir stärken alle Teile der Wirtschaft, wertschöpfende Industrien, den Mittelstand und  
1033 die Dienstleistungsbranche. Besonders im Fokus sind die Potentiale und Chancen in  
1034 den wichtigen Zukunftsfeldern maritime Wirtschaft, Energietechnik, Maschinenbau,  
1035 Ernährungswirtschaft, Tourismus, Logistik, Medizintechnik, Gesundheitswirtschaft  
1036 und Informationstechnologie.

### 1037 **3.1. Gute Arbeit**

1038 Wir wollen Gute Arbeit für alle Menschen in Schleswig-Holstein. Wir wollen Arbeit,  
1039 von der die Menschen gut leben können und die ihre Würde wahrt. Gute Arbeit  
1040 bedeutet Sicherheit und ermöglicht Teilhabe. Arbeit prägt unser Leben und ist die  
1041 Grundlage unseres Wohlstandes. Die gute Zusammenarbeit der Sozialpartner aus  
1042 Gewerkschaften und Unternehmensverbänden ist die tragende Säule guter Arbeit in  
1043 Schleswig-Holstein. Wir achten und fördern die Tarifautonomie und arbeiten fair mit  
1044 den Gewerkschaften, den Betriebs- und Personalräten und den  
1045 Unternehmensverbänden zum Wohle des Landes zusammen. Wir nutzen das  
1046 Innovationspotential der Sozialpartner und der Kammern.  
1047 Unser Anspruch ist es, Schleswig Holstein zu einem Land mit den besten  
1048 Arbeitsbedingungen in Deutschland zu entwickeln. Hierzu gehören faire,  
1049 leistungsgerechte und tariflich abgesicherte Entgelte und Mindestlöhne sowie  
1050 Mindestausbildungsvergütungen, die einen eigenständigen Lebensunterhalt  
1051 ermöglichen. Wir werden Initiativen starten, um Leiharbeit und Befristungen ohne  
1052 sachlichen Grund sowie das unangemessene Praktikantenwesen wieder  
1053 arbeitnehmergerecht zu gestalten. Eine SPD-geführte Landesregierung wird hierfür  
1054 konsequent werben und ein Tariftreuegesetz mit einem vergabespezifischen  
1055 Mindestlohn auf den Weg bringen. Wir setzen uns darüber hinaus für einen  
1056 flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro ein. Eine  
1057 familien- und frauenfreundliche Arbeitsorganisation, sichere und innovative  
1058 Beschäftigungsverhältnisse und der Anspruch, dass Arbeit nicht krank machen darf,  
1059 gehören zu den Leitmaximen einer SPD-geführten Landesregierung. Die Sichtweise  
1060 der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist für uns Sozialdemokratinnen und  
1061 Sozialdemokraten ein wichtiger Indikator. Dieser wird jährlich in einem Landesbericht  
1062 auf der Basis des Index Gute Arbeit dargestellt.  
1063 Für den öffentlichen Dienst wird eine SPD-geführte Landesregierung das  
1064 Mitbestimmungsgesetz der vorangegangenen sozialdemokratischen  
1065 Landesregierung wieder herstellen.

### 1066 **3.2. Aktive Arbeitsmarktpolitik**

1067 Die Landesregierung wird zusammen mit der Wirtschaft, den Gewerkschaften,  
1068 den Hochschulen und Bildungseinrichtungen eine strategisch angelegte  
1069 Fachkräfteinitiative auf den Weg bringen. Wir werden so der demographischen  
1070 Entwicklung entgegenwirken und den Fachkräftebedarf der Wirtschaft sichern  
1071 helfen. Wir werden Rahmenbedingungen schaffen, die dazu beitragen, die  
1072 Frauenerwerbsquote zu erhöhen.

1073  
1074 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Anerkennung der Qualifikationen  
1075 und Berufserfahrungen von Zugewanderten erleichtert wird.  
1076

1077 Wir lehnen die Finanzierung öffentlicher Aufgaben des Landes, der Kreise  
1078 oder der Kommunen durch Leasingmodelle und Public-Private-Partnerships  
1079 (PPP) ab. Bei bestehenden Leasingverhältnissen ist die Leasingsumme bzw.  
1080 laufend der Restbetrag im Haushalt nachrichtlich in den Schuldenstand  
1081 aufzunehmen.

1082  
1083 Wir werden Einfluss auf die Gestaltung von Arbeitsbedingungen nehmen, um  
1084 zu erreichen, dass die Beschäftigungsquote von Menschen über 50 Jahren  
1085 erheblich gesteigert wird.

1086  
1087 Die Förderung von Existenzgründungen ist Teil unserer aktiven regionalen  
1088 Arbeitsmarktförderung.

1089  
1090 Langzeitarbeitslosen werden wir eine intensive und anhaltende Unterstützung  
1091 zukommen lassen, damit sie eine Arbeit aufnehmen können.

1092  
1093 Ein sozialer Arbeitsmarkt in Form eines öffentlichen Beschäftigungssektors ist in  
1094 Schleswig-Holstein derzeit unverzichtbar. Er wird von einer SPD-geführten  
1095 Landesregierung so gestaltet und beeinflusst, dass er eine Brücke in den ersten  
1096 Arbeitsmarkt bildet.

### 1097 **3.3 Wirtschaft stärken, Wachstumskerne eröffnen neue Chancen**

1098 Eine SPD-geführte Landesregierung hat zum Ziel, dass Schleswig-Holstein einen  
1099 stärkeren Anteil am Bruttoinlandsprodukt erwirtschaftet und mit mehr Wertschöpfung  
1100 im Land mindestens bundesweites Durchschnittsniveau erreicht. Die  
1101 Wirtschaftsförderung wird auf dieses Ziel neu ausgerichtet werden. Die Verwaltung  
1102 wird als Partner der Wirtschaft weiterentwickelt werden.

1103  
1104 Wir unterstützen die industriellen Kerne in den Bereichen der maritimen Wirtschaft,  
1105 der chemischen Industrie, der Lebensmittelindustrie und der erneuerbaren Energien  
1106 einschließlich entsprechender industrienaher Dienstleistungen bei ihrer weiteren  
1107 Entwicklung.

1108  
1109 Das Handwerk ist mit 25.000 Betrieben, 120.000 Beschäftigten und 17.000  
1110 Auszubildenden das Rückgrat der mittelständischen Wirtschaft in Schleswig-  
1111 Holstein. Das Handwerk wird von uns deshalb im Zusammenwirken mit den  
1112 Kammern in seiner Zukunftsausrichtung unterstützt. Besondere Unterstützung  
1113 erfahren hier auch die Klein- und Kleinstbetriebe.

1114 Die Zukunftscluster innovativer Betriebe und wissenschaftlicher Einrichtungen bilden  
1115 die Kerne des künftigen Wachstums. Nach dem Motto „Stärken stärken“ unterstützen  
1116 wir deshalb in einem „Clusterprogramm Schleswig-Holstein“ vor allem  
1117 Gesundheitswirtschaft, maritime Wirtschaft, erneuerbare Energien, digitale Wirtschaft  
1118 und Biowissenschaft als Zukunftsbranchen von hervorragender Bedeutung. Wir  
1119 werden die norddeutsche und grenzüberschreitende Kooperation hierfür suchen und  
1120 nutzen.

1121  
1122 Die Chancen, die die Energiewende bietet, werden konsequent für Umwelt und  
1123 Arbeit genutzt. Die Landesregierung wird diese Chancen und Herausforderungen für  
1124 unser Land im Rahmen eines Energiegipfels für den Umbau der Energieversorgung  
1125 thematisieren und anschließend in einem breiten Dialog mit Verbänden,

1126 Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Unternehmen und Hochschulen in einem Energie-  
1127 und Klimahandlungsplan entwickeln und umsetzen.

1128  
1129 Schleswig-Holstein hat durch die Neuausrichtung der Bundeswehr im Vergleich zu  
1130 anderen Bundesländern überproportionale Einbußen erlitten. Deshalb werden wir bei  
1131 der Bundesregierung einfordern, dass die betroffenen Regionen und Gemeinden  
1132 durch Konversionsprogramme und durch begleitende Strukturfördermaßnahmen  
1133 unterstützt werden.

### 1134 **3.4. Tourismus**

1135 Eine der großen Stärken Schleswig-Holsteins liegt darin, dass das ganze Land ein  
1136 Urlaubsland ist. Dieses gilt es qualitativ stetig zu verbessern, um Tagestourismus  
1137 und Übernachtungszahlen zu steigern.

1138  
1139 Wir werden die begonnene Modernisierung der Infrastruktur, die Qualifizierungen im  
1140 Service, die Klassifizierung der Beherbergungsbetriebe, die Verbesserung der  
1141 Barrierefreiheit und die Online-Buchbarkeit weiter vorantreiben und intensivieren.

1142  
1143 Wir konzentrieren unsere Förderung auf die öffentliche Infrastruktur in den Teilen des  
1144 Landes, in denen der Tourismus entsprechend der Nachfrage für die Zukunft  
1145 expandiert.

1146  
1147 Wir setzen uns für eine klare Zielgruppenstrategie ein. Dazu muss Schleswig-  
1148 Holstein seine ganzjährige Saison herausstellen und ganzjährig für sich werben.  
1149 Messe- und Geschäftsreisen, Städte- sowie Jugendtourismus müssen ins  
1150 Zielgruppenmarketing aufgenommen werden. Für eine landesweit abgestimmte  
1151 Marketingstrategie spielt die Tourismus Agentur Schleswig-Holstein (TASH) eine  
1152 tragende Rolle. Um den Tourismusstandort Norddeutschland national und  
1153 international zu stärken, wollen wir eine stärkere länderübergreifende  
1154 Zusammenarbeit zwischen den deutschen Küstenländern vorantreiben.

1155  
1156 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in  
1157 Hotellerie und Gastronomie durch Mindestlohnvereinbarungen, Arbeitsschutz und  
1158 höhere Standards in der Aus- und Weiterbildung verbessert werden.

### 1159 **3.5 Mobilität ermöglichen – Verkehrsinfrastruktur sichern und** 1160 **ausbauen**

1161 Straßen, Schienen- und Wasserwege sind die Lebensadern Schleswig-Holsteins.  
1162 Ziel unserer Politik ist der Erhalt und der bedarfsgerechte Ausbau der  
1163 Verkehrsinfrastruktur.

1164  
1165 Mit der Fertigstellung der A20 mit einer Elbquerung bei Glückstadt, dem Ausbau und  
1166 der Entwicklung von A1, A7, A21, A23 schaffen wir die überregionalen Verbindungen  
1167 mit den wirtschafts- und wachstumsstarken Regionen Europas. Die A20, der Nord-  
1168 Ostsee-Kanal und der Schienenausbau für Güterverkehrsstrecken haben dabei für  
1169 uns bei den Infrastrukturmaßnahmen die höchste Priorität, auch gegenüber anderen  
1170 verkehrlichen Großinvestitionen, die auf die Finanzierungskorridore für das Land  
1171 Schleswig-Holstein zugreifen. Zur Durchsetzung wichtiger infrastruktureller  
1172 Maßnahmen ist eine enge Kooperation der norddeutschen Länder erforderlich.  
1173 Zur Steigerung der Lebensqualität werden wir den Bau von Ortsumgehungen  
1174 fördern.



1175  
1176 Wenn die feste Fehmarnbeltquerung kommt, werden wir die möglichen Chancen für  
1177 Schleswig-Holstein herausarbeiten und umsetzen. Bei der Entwicklung der  
1178 Hinterlandkonzepte werden wir die Sorgen und Anliegen der Menschen und  
1179 Kommunen in den Mittelpunkt rücken. Wir werden sie bei allen Planungen beteiligen,  
1180 ihre Ideen und Anregungen sammeln und einbringen und damit zeigen, dass ein  
1181 Staat fähig ist, auch gesellschaftlich strittige Infrastrukturentwicklungen klug zu  
1182 begleiten und zum Wohle des Gemeinwesen zu gestalten. Dies werden wir bei allen  
1183 Verhandlungen und gegenüber allen Partnern deutlich machen. Die  
1184 Bundesregierung ist uns gegenüber in der Pflicht.

### 1185 **ÖPNV und Schienenverkehr als Grundpfeiler individueller Mobilität**

1186 Leistungsfähiger Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und  
1187 Schienenpersonennahverkehr (SPNV) sind besonders in Schleswig-Holstein ein  
1188 wichtiger Standortfaktor. Wir werden einen bedarfsgerechten Ausbau des  
1189 Schienenverkehrs durch moderne und effiziente Verkehrsmittel vorantreiben. Den  
1190 stetig wachsenden Pendlerströmen aus dem Süden des Landes nach Hamburg  
1191 werden wir durch den Ausbau bedarfsgerechter Schienen-Direktverbindungen und  
1192 ausreichend Park-and-Ride-Plätzen gerecht werden. Wir wollen eine Stärkung der  
1193 Bedienung der ländlichen Räume mit einer guten Verzahnung zu den Oberzentren.  
1194 Dies soll durch den verstärkten Einsatz von Angeboten wie Bürgerbusse und  
1195 Sammeltaxen erreicht werden.

### 1196 **Hafenanbindung und Wasserstraßen**

1197 Eine effiziente Hafenanbindung und ein reibungsloser Warenstrom sind  
1198 Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaft. Wir werden Konzepte „From  
1199 Road to Sea“ und kombinierte Verkehre (Schiff-Straße-Schiene) insbesondere bei  
1200 Transitwarenströmen ausbauen. Hierfür muss auch der Elbe-Lübeck-Kanal  
1201 ausgebaut werden.

1202  
1203 Der Nord-Ostsee-Kanal (Kiel-Canal) ist als meistbefahrene künstliche Wasserstraße  
1204 der Welt unverzichtbar als Handelsader für die Warenströme der ganzen deutschen  
1205 Wirtschaft. Dies gilt sowohl für den Hamburger Hafen wie auch für die großen Häfen  
1206 Skandinaviens, Russlands und des Baltikums. Deshalb ist der Bau neuer und die  
1207 Reparatur alter Schleusen, eine Begradigung der Oststrecke und eine Vertiefung des  
1208 Nord-Ostsee-Kanals unbedingt erforderlich.

### 1209 **Elektromobilität**

1210 Elektroautomobile und Elektrofahrräder werden sich zu den individuellen  
1211 Fortbewegungsmitteln entwickeln. Wir werden diese Antriebskonzepte und die hierfür  
1212 notwendige Infrastruktur in Schleswig-Holstein vorantreiben und Schleswig-Holstein  
1213 zum Vorzeigeland in diesem Bereich entwickeln.

## 1214 **4. STARKE POLITIK IN EUROPA**

### 1215 **Minderheitenpolitik**

1216 Minderheitenpolitik ist eine Aufgabe von zentraler Bedeutung für Europa. Wir  
1217 bekennen uns zu den nationalen Minderheiten und Volksgruppen in Schleswig  
1218 Holstein. Dänen, Friesen, Sinti und Roma sind selbstverständlicher und  
1219 bereichernder Bestandteil unserer Gesellschaft.

1220

1221 Es muss parteiübergreifender Konsens sein, die Minderheiten in ihrem kulturellen  
1222 Leben zu unterstützen. Minderheiten brauchen verlässliche Grundlagen und eine  
1223 aktive Minderheitenpolitik in Kommunen, Land, Bund und Europa. Dies gilt auch für  
1224 die guten Beziehungen zur deutschen Minderheit in Nordschleswig.

1225

1226 Schleswig Holstein war bis 2009 prägendes und positives Vorzeigemodell in seiner  
1227 Minderheitenpolitik. Die Landeszuschüsse für die Schulen der dänischen Minderheit  
1228 werden wieder auf 100% des Schülerkostensatzes gesetzt. Wir werden uns intensiv  
1229 für eine Förderung der Minderheitensprachen Dänisch und Friesisch sowie der  
1230 Regionalsprache Niederdeutsch einsetzen.

1231

1232 Sinti und Roma werden wir gleichberechtigt mit den anderen Minderheiten unter den  
1233 Schutz der Landesverfassung stellen.

1234

1235 Wir werden eine/n unabhängige/n ehrenamtliche/n Minderheitenbeauftragte/n  
1236 berufen.

### 1237 **Schleswig-Holstein stark in Europa**

1238 Wir werden die Position Schleswig-Holsteins in Europa ausbauen, indem wir neue  
1239 strategische Partnerschaften gründen. Wir wollen mehr gemeinsame Projekte,  
1240 Initiativen und Strukturen verwirklichen; die Kooperation mit den norddeutschen  
1241 Nachbarn in den europäischen Institutionen wollen wir vertiefen.

1242

1243 Wir nutzen die europäischen Förderprogramme zur gleichgewichtigen Stärkung  
1244 unserer Regionen. Für den Umbau der Energieversorgung werden wir die  
1245 Möglichkeiten der europäischen Förderprogramme und die landeseigenen  
1246 Einrichtungen wie Gebäudemanagement (GMSH) und Investitionsbank SH verstärkt  
1247 nutzen.

1248

1249 Wir entwickeln deshalb unsere europäische Nord- und Ostseepolitik weiter, indem  
1250 wir unsere maritime Politik in Wirtschaft und Wissenschaft ausbauen, indem wir  
1251 Schiffssicherheit und Seeverkehre stärken; indem wir uns weiter auf maritimen  
1252 Umwelt- und Naturschutz spezialisieren. Wir bauen mit den Nachbarn an der Ostsee  
1253 eine soziale, ökologische und ökonomische Modellregion auf, die eine neue Dynamik  
1254 in die gesamte europäische Entwicklung bringen wird. Für die Nordseeregion  
1255 entwickeln wir eine eigenständige Perspektive.

1256

1257 Wir entwerfen neue Perspektiven für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit  
1258 unseren direkten Nachbarn an Nord- und Ostsee.

1259

1260 Unsere Schwerpunkte sind dabei:

- 1261 • die Entwicklung einer integrierten maritimen Politik,
- 1262 • Hochschul- und Forschungsk Kooperation,
- 1263 • die Gesundheits- und Medizinpolitik,
- 1264 • der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt,
- 1265 • der umfassende Verbraucherschutz
- 1266 • die Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien.

1267

1268 Die Landesregierung wird nicht nur die Handels- und Wirtschaftsräume in den  
1269 skandinavischen Raum hinein entwickeln, sondern die kommenden Boom-Märkte im

1270 Osten durch neue Handelswege und Kooperationen erschließen. Denn die  
1271 systematische Erschließung des Baltischen Meeres als maritimer Verkehrs- und  
1272 Wirtschaftsraum hat eine lange Tradition, die fortgesetzt werden sollte.

1273  
1274 Wir werden als Landesregierung:

- 1275 • gemeinsam mit den anderen norddeutschen Ländern für das Auftreten in  
1276 Brüssel enger kooperieren und auf die Bundesregierung einwirken, damit die  
1277 Ostseepolitik wieder einen höheren Stellenwert in der deutschen Politik und  
1278 auf europäischer Ebene bekommt;
- 1279 • die Zusammenarbeit mit Russland in der Ostseekooperation stärken und  
1280 insbesondere die Kooperation Schleswig-Holsteins mit Kaliningrad und St.  
1281 Petersburg intensivieren;
- 1282 • einen kontinuierlichen Ostsee-Dialog in Schleswig-Holstein beginnen, in den  
1283 landesweit alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure von  
1284 Arbeitgebern über Gewerkschaften, Wissenschaft, Sozial- und  
1285 Umweltorganisationen einbezogen werden.

1286  
1287 Zusammen mit den Kommunen, den Schulen und den Verwaltungen wollen wir die  
1288 Europakompetenz erhöhen.

## 1289 **5. MEDIEN UND BÜRGERBETEILIGUNG**

1290

### 1291 **Medien und Demokratie**

1292 Unabhängige, vielfältige und jedem frei zugängliche Medien sind für uns ein  
1293 unverzichtbarer Bestandteil einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft.

1294

- 1295 • Wir treten für einen zukunftsfähigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein. Der  
1296 öffentlich-rechtliche Rundfunk ist unverzichtbar für eine vielfältige und  
1297 unabhängige Berichterstattung und muss dauerhaft gesichert bleiben.

1298

- 1299 • Wir wollen, dass Inhalte, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit Gebühren  
1300 produziert hat, über das Internet zeitlich unbeschränkt und kostenfrei allen  
1301 verfügbar gemacht werden können.

1302

- 1303 • Wir wollen das duale System weiterentwickeln. Durch medienpolitische  
1304 Initiativen wollen wir erreichen, dass auch private Veranstalter ihrer  
1305 öffentlichen Aufgabe besser gerecht werden können.

1306

- 1307 • Wir setzen uns für eine freie, unabhängige und pluralistische Presse in  
1308 Schleswig-Holstein ein. Sie ist gerade im Lokalen und Regionalen für den  
1309 gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Willensbildungsprozess  
1310 unverzichtbar. Der Erhalt von so viel Vielfalt wie möglich ist unser Ziel.

1311

- 1312 • Wir werden die Chancen der digitalen Öffentlichkeit für Bürgerbeteiligung  
1313 nutzen.

1314

- 1315 • Der Umgang mit Medien jeder Art ist eine Schlüsselkompetenz für ein  
1316 selbstbestimmtes Leben. Die Vermittlung von Medienkompetenz muss  
1317 deshalb fester Bestandteil in allen Bereichen der Bildung werden.

1318

1319 • Wir wollen den Offenen Kanal Schleswig-Holstein als eigenständigen  
1320 Bürgerkanal entwickeln und seine Arbeit insbesondere im Bereich der  
1321 Medienkompetenz weiter stärken.

1322

1323 • Wir werden uns aktiv an der Entwicklung eines wirksamen  
1324 Jugendmedienschutzes im Internet beteiligen. Dieser soll aber die freie  
1325 Struktur des Internets nicht beeinträchtigen.

1326

1327 • Die Übertragung von Daten im Internet muss auch weiterhin auf der  
1328 Gleichbehandlung aller Daten basieren. Die Netzneutralität ist daher  
1329 Grundlage für den Erhalt eines freien und gleichen Zugangs zum Internet für  
1330 alle Nutzer.

1331

1332 Das Fehlen eines leistungsfähigen Internet-Zugangs gefährdet Chancengleichheit  
1333 und Bildungsgerechtigkeit. Wir wollen mit den Netzanbietern zu verbindlichen  
1334 Verabredungen kommen, damit Schleswig-Holstein nicht in Regionen mit schnellem  
1335 Breitband und weithin unversorgten Gebieten gespalten wird.

1336

### 1337 **Bürgerbeteiligung**

1338 Schleswig-Holstein hat eine große Vielfalt an Vereinen, Verbänden, Bürger- und  
1339 Kulturinitiativen, die weitgehend ehrenamtlich arbeiten.

1340

1341 Wir wollen mit den Menschen regieren: entwickeln – planen – umsetzen. Wir wollen  
1342 den Menschen gute Möglichkeiten bieten, an Entscheidungsprozessen mitzuwirken,  
1343 ihre Ideen und ihr Engagement nutzen für eine kluge und erfolgreiche Politik in  
1344 Schleswig-Holstein. Diese Bürgerbeteiligung wird Kennzeichen einer SPD-geführten  
1345 Regierung sein.

1346

1347 Die digitale Gesellschaft schafft eine weitere, neue digitale Öffentlichkeit. Diese  
1348 Öffentlichkeit offenbart und verdeutlicht die Chancen und Risiken unserer  
1349 Gesellschaft. Sie zeigt aber gleichzeitig auch bestehende Konflikte auf. Politik für die  
1350 digitale Gesellschaft ist für uns demokratische Gesellschafts- und keine  
1351 Klientelpolitik. Wir werden die Chancen der digitalen Öffentlichkeit für  
1352 Bürgerbeteiligung nutzen.

### 1353 **Bürgerschaftliches Engagement**

1354 Wir unterstützen das bürgerschaftliche Engagement in gemeinnützigen  
1355 Organisationen, in Vereinen und Verbänden und von Einzelpersonen.

1356

1357 • Die Freiwilligen Feuerwehren ragen zwischen den anderen  
1358 Hilfsorganisationen besonders hervor, weil sie in fast jedem Ort zu finden sind.  
1359 Die im bundesweiten Vergleich herausragende Zahl an Jugendfeuerwehren  
1360 zeigt den großen Einsatz in diesem ganz persönlichen und aufwendigen  
1361 Dienst am Mitmenschen. Dies ist ein Beispiel für sinnvolle  
1362 Zukunftsorientierung.

1363

1364 • Der Sport spielt eine wichtige Rolle in der Freizeit sehr vieler Menschen. Er  
1365 bedeutet einen Gewinn für die Lebensqualität. Zudem hilft Sport, erhebliche

- 1366 gesundheitliche, schulische, soziale und Integrationsprobleme zu lösen.  
 1367 Deshalb muss die Finanzierung des Sports dauerhaft gesichert bleiben.  
 1368
- 1369 • Zudem wollen wir Angebote örtlicher Vereine in das Ganztagschulprogramm  
 1370 integrieren.  
 1371
  - 1372 • Die demografische Entwicklung beschert uns eine große Zahl aktiver älterer  
 1373 Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, ihre Kraft, ihre Lebenserfahrung und  
 1374 ihre Zeit für die Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen.  
 1375
  - 1376 • Die Prozesse der öffentlichen Verwaltung werden transparent gestaltet.  
 1377 Bürgerinnen und Bürger werden wir darin unterstützen, Informationen zum  
 1378 staatlichen Handeln zu erhalten – direkt und ohne finanzielle oder  
 1379 bürokratische Hürden.  
 1380
  - 1381 • Die Ausübung des Ehrenamtes muss erleichtert werden und darf nicht durch  
 1382 steuer- und haftungsrechtliche Hürden erschwert oder gar verhindert werden.  
 1383 Die rechtlichen Aspekte ehrenamtlicher Arbeit müssen deshalb transparenter  
 1384 gestaltet und zu Gunsten der ehrenamtlich Tätigen weiter vereinfacht werden.  
 1385
  - 1386 • Der ehrenamtliche Einsatz in unseren Gemeinden und Kreisen ist besonders  
 1387 hervorzuheben. Hier setzen sich Bürgerinnen und Bürger für ihre  
 1388 Mitmenschen tatkräftig ein. Wir brauchen mehr ehrenamtlich Tätige. Es sind  
 1389 Anreize zur Förderung des kommunalen Ehrenamtes zu setzen.  
 1390
  - 1391 • Wir verstärken wieder den Dialog mit den Kirchen und  
 1392 Religionsgemeinschaften in Schleswig-Holstein. Auf der Grundlage von  
 1393 Vertrauen und Anerkennung stellen wir uns den Fragen, die eine religiös  
 1394 vielfältiger werdende Gesellschaft formuliert.  
 1395
- 1396 Gemeinsam mit der Wirtschaft, den Schulen und der Verwaltung wird eine SPD-  
 1397 geführte Landesregierung eine Kultur der Anerkennung für das Ehrenamt fördern.  
 1398

## 1399 **6. INNERE SICHERHEIT – VERWALTUNGSREFORM**

### 1400 **6.1 Innere Sicherheit, modernes Recht und Justiz**

1401 Aufgabe des Staates ist die Gewährleistung eines Lebens ohne Furcht vor  
 1402 Kriminalität, der Schutz der Menschen vor Gefahren und die Garantie von  
 1403 Gesetzlichkeit und Rechtsprechung. Wir wollen, dass die Menschen in Schleswig-  
 1404 Holstein auch in Zukunft sicher leben können.  
 1405

- 1406 • Deshalb wird es mit uns keinen Rückzug der Polizei aus der Fläche geben.  
 1407
- 1408 • Zur Gewährleistung der inneren Sicherheit sind hoch motivierte  
 1409 Polizeibeamtinnen und -beamte erforderlich. Aus diesem Grund setzt sich die  
 1410 SPD auch weiterhin dafür ein, die Polizistinnen und Polizisten angemessen zu  
 1411 bezahlen und die Attraktivität des Polizeiberufes zu erhalten.  
 1412

- 1413 • Wir wollen die polizeiliche Aufgabenerfüllung auf gleichem Niveau halten. Die  
1414 Einstellungszahlen sollen den demografischen Wandel in der Gesellschaft  
1415 berücksichtigen.
- 1416
- 1417 • Wir schaffen bei den Strafverfolgungsbehörden die personellen und  
1418 technischen Voraussetzungen zur Bekämpfung von Internetkriminalität.
- 1419
- 1420 • Kommunale Kriminalprävention muss von der Landesregierung unterstützt  
1421 werden. Schleswig-Holstein soll auf diesem Gebiet bundesweit wieder eine  
1422 Vorreiterrolle übernehmen
- 1423
- 1424 • Wir setzen uns für eine nutzerfreundliche Überarbeitung des  
1425 Datenschutzgesetzes ein, welches die gesellschaftlichen und technischen  
1426 Änderungen in unserer digitalen Gesellschaft berücksichtigt. Datenschutz ist  
1427 Bürgerrecht. Jede/r hat das Recht, seine Daten so zu nutzen, wie er möchte,  
1428 und zu wissen, was mit ihnen passiert.
- 1429

1430 Mit einer Justizverwaltungsreform wollen wir die Rechtsprechung organisatorisch auf  
1431 eine zukunftsfähige neue Grundlage stellen:

- 1432
- 1433 • Der Zugang zum Recht muss unabhängig von der finanziellen Situation der  
1434 Menschen gewährleistet sein.
- 1435
- 1436 • Die Belange der Opfer von Straftaten müssen mehr Berücksichtigung finden.  
1437 Dazu zählen für uns vor allem ein besserer Zeugenschutz und eine bessere  
1438 Aufklärung über soziale und finanzielle Hilfsmöglichkeiten. Eine Ausweitung  
1439 des Täter-Opfer-Ausgleichs, auch bei weiteren Delikten, stärkt den  
1440 Wiedergutmachungsgedanken im Strafrecht.

## 1441 **Kampf gegen Rechts**

1442 Wir wollen ein weltoffenes Schleswig-Holstein. Deshalb wenden wir uns gegen jede  
1443 Form demokratiefeindlicher Bestrebungen, religiöser oder weltanschaulicher  
1444 Intoleranz und Diskriminierung. Rechtsradikalismus ist keine Meinung, sondern ein  
1445 Verbrechen. Wir lehnen jede Form der Verharmlosung von rechtem Gedankengut ab  
1446 und werden es in all seinen Ausprägungen bekämpfen, egal ob Alltagsrassismus,  
1447 rechte Gewalt oder rechte Organisationen und Parteien.

- 1448
- 1449 • Wir werden lokale Projekte im Kampf gegen Rechts stärken. Projekten wie  
1450 dem „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus“ gilt unsere  
1451 Unterstützung ebenso wie Projekten, die sich um Opfer rechter Gewalt  
1452 kümmern.
- 1453
- 1454 • Wir werden ein Landesprogramm gegen Rechts etablieren, das zur besseren  
1455 Vernetzung bereits bestehender Projekte dient, aber auch Raum und Mittel für  
1456 neue Initiativen gegen Rechts bietet. Ziel dieses Programms ist unter  
1457 anderem, im Zusammenwirken mit Vereinen, Verbänden und Privatpersonen  
1458 regionale Netzwerke zu etablieren, die sich für Demokratie und Toleranz und  
1459 gegen rechte Gewalt und rechtes Gedankengut einsetzen.
- 1460
- 1461 • Demokratie braucht starke Demokratinnen und Demokraten. Deshalb setzen  
1462 wir auf eine verbesserte Demokratieerziehung in den Kindertagesstätten und

- 1463 Schulen, die demokratische Werte frühzeitig erfahrbar und erlernbar macht.  
1464 Wir werden die Schulen gezielt dabei unterstützen, lebendige Orte der  
1465 Mitbestimmung und des Erlernens demokratischer Spielregeln zu sein.  
1466  
1467 • Wir werden eine neue Initiative zum Verbot der NPD als  
1468 verfassungsfeindlicher Organisation vorantreiben und unterstützen.

## 1469 **6.2 Zukunftsfähige Kommunen und Verwaltungen**

### 1470 **Wir stärken die Städte**

1471 Eine moderne Landespolitik wird sich auch der Entwicklung der Städte und zentralen  
1472 Orte annehmen. Deshalb investieren wir insbesondere in

- 1473  
1474 • die Fortführung der städtebaulichen Förderprogramme  
1475 • einen städtischen Wohnungsbau, der sich an den individuellen Bedürfnissen  
1476 der Menschen orientiert  
1477 • die Belebung der Genossenschaftsidee für eine moderne Großstadtpolitik  
1478 • Projekte zur Förderung der Stadt-Umland-Kooperationen
- 1479 • Wir werden das Programm „Soziale Stadt“ weiterführen und zusammen mit  
1480 dem Bund ausbauen.  
1481 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Bund die Förderprogramme  
1482 ausbaut oder wieder aufnimmt, mit denen Wohnraum altengerecht und  
1483 barriere reduziert gestaltet werden kann.  
1484 • Das Zweckvermögen Wohnungsbau des Landes Schleswig-Holstein ist für  
1485 uns unverzichtbares Steuerungs- und Finanzierungsinstrument für die  
1486 Sicherstellung bezahlbaren und zukunftsfähigen Wohnraums.

### 1487 **Starke Kommunen**

1488 Wir wollen die soziale und kulturelle Handlungsfähigkeit unserer Kommunen stärken.  
1489 Sie müssen ihre vielfältigen Aufgaben wie z.B. den Ausbau von Kinderkrippen und  
1490 Kindertagesstätten, den Erhalt einer guten schulischen Infrastruktur sowie kultureller  
1491 Einrichtungen dauerhaft und solide wahrnehmen können.

1492  
1493 Sie müssen darüber hinaus ihre eigene Verwaltung zukunftsfähig, bürgerfreundlich  
1494 und kostengünstig gestalten können.  
1495

1496 Durch die Reduzierung des kommunalen Finanzausgleichs um 120 Mio. € ist dieses  
1497 für viele Städte und Gemeinden deutlich erschwert worden.

1498  
1499 Um die genannten Ziele gemeinsam zu erreichen, wollen wir für diese Zwecke die  
1500 Finanzkraft der Kommunen schrittweise wieder stärken. Bis zum Ende der  
1501 Legislaturperiode wollen wir erreichen, dass den Städten und Gemeinden 120 Mio. €  
1502 jährlich gezielt zur Verfügung stehen.  
1503

- 1504 • Wir streben eine Reform der Verwaltungsstrukturen in Schleswig-Holstein an,  
1505 um finanzielle Mittel nicht unnötig durch bürokratische Verfahren zu  
1506 verschwenden.  
1507

- 1508 • Um die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung zu erhöhen und um  
1509 Doppelarbeit zu vermeiden, streben wir eine Übertragung von  
1510 Landesaufgaben auf die kommunale Ebene an. Auf diesem Weg kann die  
1511 Verwaltung bürgernäher werden.  
1512
- 1513 • Wir werden Anreize schaffen, um moderne Kommunikationsmittel in der  
1514 öffentlichen Verwaltung stärker einzusetzen. Damit sollen immer mehr  
1515 Bürgerinnen und Bürger ihre Behördenangelegenheiten auf elektronischem  
1516 Wege von zu Hause aus oder von ihrer örtlichen Verwaltung aus erledigen  
1517 können.  
1518
- 1519 • Zu einer leistungsfähigen Verwaltung gehören auch leistungsfähige  
1520 Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir wollen dabei einen  
1521 Vorrang für die öffentliche Wahrnehmung dieser Aufgaben.

## 1522 **Norddeutsche Kooperation**

1523 Wir schaffen eine neue Qualität in der Kooperation mit den norddeutschen Nachbarn,  
1524 besonders mit Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern. Wir richten einen  
1525 gemeinsamen Parlamentsausschuss mit Hamburg ein, der die bisherigen  
1526 gemeinsamen Projekte begleitet, bewertet und neue entwickelt.  
1527

1528 Wir wollen die länderübergreifende Kooperation ausbauen:

- 1529 • für bessere gemeinsame Planung und Abstimmung  
1530 • für mehr Effektivität im Einsatz und Einwerben von Mitteln des Bundes und aus  
1531 Europa  
1532 • für mehr Harmonie in den Strukturen und Leistungen für die Menschen, z.B. im  
1533 Schulwesen oder bei der Finanzierung der Frauenhäuser.  
1534

## 1535 **7. SCHLESWIG-HOLSTEIN – HEIMAT FÜR ALLE!**

1536  
1537 Schleswig-Holstein ist ein weltoffenes Land. Als Einwanderungsland wollen wir  
1538 Migrantinnen und Migranten gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Wir stehen für  
1539 eine weltoffene, gleichberechtigte und tolerante Gesellschaft, die die Vielfalt als  
1540 Gewinn sieht. Wir setzen auf Partizipation und wollen ein neues Bild von Schleswig-  
1541 Holstein entwickeln: ein Schleswig-Holstein, zu dem sich Zugewanderte wie  
1542 Deutsche bekennen, ein Schleswig-Holstein, das das Alte und das Neue miteinander  
1543 verbindet. Schleswig-Holstein soll Heimat für alle sein!

## 1544 **Aktiv für Flüchtlingsschutz**

- 1545 • Menschen suchen Schutz nicht nur vor politischer Verfolgung. Deshalb  
1546 werden wir eine Diskussion anregen, ob der heutige Flüchtlingsbegriff noch  
1547 zeitgemäß ist.  
1548
- 1549 • Wir setzen uns für die Abschaffung der Abschiebehaft ein. Solange die  
1550 Abschiebehaft Bestand hat, muss eine menschenwürdige Behandlung der  
1551 Insassen gewährleistet werden.  
1552
- 1553 • Wir werden uns auf Bundesebene für ein reguläres Resettlement-Programm  
1554 zur dauerhaften Neuansiedlung von Flüchtlingen stark machen.  
1555



- 1556  
1557  
1558  
1559  
1560  
1561  
1562  
1563  
1564  
1565
- Wir werden zusammen mit den Kommunen Wege finden, um die Praxis der Flüchtlingsaufnahme zu verbessern.
  - Integrationshilfen machen wir nicht vom Aufenthaltsstatus abhängig. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Integrationskurse für Erwachsene auch für Flüchtlinge und Geduldete geöffnet werden.
  - Wir fordern eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für bereits integrierte Flüchtlinge.

## 1566 **Teilhabe stärken**

- 1567  
1568  
1569  
1570  
1571  
1572  
1573  
1574  
1575  
1576  
1577  
1578  
1579  
1580  
1581  
1582  
1583  
1584  
1585  
1586  
1587  
1588
- Integration in die deutsche Gesellschaft findet in der Kommune statt. Wir werden die Kommunen stärken und ihnen die nötigen Freiräume in der Integrationspolitik geben.
  - Die vorhandenen finanziellen Ressourcen des Landes werden planvoll konzentriert – auf die Kommunen mit hoher Problemdichte und auf den Ausbau der Regelangebote.
  - Landesförderung vor allem im sozialen und kulturellen Bereich werden wir daran knüpfen, dass Frauen und Männer mit Migrationshintergrund erreicht werden.
  - Wir werden die Migrationssozialberatung erhalten.
  - Die Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus setzen wir auf die Zukunftsagenda Schleswig-Holsteins.
  - Wir wollen die Integrationspolitik zur Diversitätspolitik weiterentwickeln. Dabei geht es nicht nur um einen höheren Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an den Beschäftigten, sondern vor allem um ein neues Selbstverständnis von Verwaltung.

## 1589 **Partizipation fördern**

1590 Auf Bundesebene werden wir uns für die Aufhebung des Optionszwangs und die  
1591 generelle Zulassung der doppelten Staatsangehörigkeit einsetzen. Und wir werden  
1592 uns dort ebenfalls für die Einführung eines Wahlrechts im Land und in den  
1593 Kommunen - orientiert am Wohnort - einsetzen.  
1594  
1595